

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Februar 2010

60. Jahrgang, Nr. 688

## Zeitzeugenprojekte nun bald auch im Saarland

*Ministerpräsident Müller empfängt VOS-Vertreter und sagt Unterstützung zu*

Zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Fragen empfing Ende Januar der saarländische Ministerpräsident Peter Müller unsere stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hugo Diederich und Ronald Lässig (Foto). Der kürzlich erst wiedergewählte Regierungschef des Saarlands sicherte den Vertretern der VOS zu, die in Arbeit befindliche Bundesratsinitiative des Freistaates Thüringen zur Opferrente unterstützend zu flankieren. Dabei geht es laut Ankündigung des Erfurter Staatskanzleichefs Schöning um die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfungen und die Rentenerhöhung. Die kürzlich beschlossene Nichtanrechnung von Kindergeld könne hierzu ein erster Schritt sein, so Schöning. Ein weiteres Thema des Gesprächs mit Ministerpräsident Peter Müller waren Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung.

Angestrebt wird, ähnlich wie in Bayern, ein Zeitzeugenprogramm in Zusammenarbeit mit der VOS zu entwickeln. Beide Seiten stimmten darin überein, dass besonders an den Schulen mehr für die Aufklärung über die SED-Diktatur getan werden müsse.

Bekanntlich sind mittlerweile in den alten Bundesländern mehrfach Zeitzeugenprogramme angelaufen. An ihnen beteiligen sich insbesondere an Schulen Kameradinnen und Kameraden der VOS mit großer Bereitschaft. Die Resonanz ist bemerkenswert.

Der Bundesvorstand lud Ministerpräsident Müller zur Generalversammlung ein, die vom 9. bis 11. April 2010 in Berlin stattfindet. Er sicherte zu, dass in jedem Fall ein Vertreter des CDU-Präsidiums teilnehmen wird.

*Ronald Lässig*



**Gut aufgelegt und mit sichtlicher Übereinstimmung verlief das Gespräch der Vorstandsmitglieder der VOS mit Saarlands Ministerpräsident Peter Müller.**

**Die VOS geht davon aus, dass die zugesagte Unterstützung für das Zeitzeugenprojekt und die Teilnahme eines CDU-Vertreters an der Generalversammlung im April 2010 umgesetzt werden. Zudem ist man im VOS-Bundesvorstand durchaus bereit, mit weiteren Führungskräften der Unions-Parteien zusammenzukommen. Dies wäre zum beiderseitigen Nutzen.**

Die Bundesgeschäftsstelle der VOS ist umgezogen. Es war bereits in der letzten Ausgabe der Fg angekündigt worden, nun ist es Wahrheit. Die Kameraden Hugo Diederich, Ronald Lässig und einige andere haben tüchtig zugepackt. Damit hat die VOS im Laufe ihrer ereignisreichen Geschichte eine weitere Stätte erhalten, von der aus die Geschehnisse und Interessen der Mitglieder und Sympathisanten gesteuert bzw. bedient werden. Man kann sagen, so nah am Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Geschehens hat unsere Bundesgeschäftsstelle bisher noch



nie gelegen, auch nicht in der Zeit, da sie sich in Bonn befand und eine Vielzahl von gut bezahlten Mitarbeitern die Verwaltungsarbeit leisteten, die heute unser Kamerad Hugo Diederich fast im Alleingang bewältigt. Vor allem hat sie einen verkehrsmäßig so ausgesprochen günstigen Platz bekommen, direkt am Bahnhof Zoologischer Garten.

Für alle, die um den Erhalt der Telefon-, Fax- und Emailverbindungen fürchten, sei an dieser Stelle versichert, dass diesbezüglich nichts geändert wurde. Wer also die Nummern oder Kürzel in Telefon- und

Mail-Verzeichnis abgespeichert hat, kann diese weiter verwenden, er (oder sie) wird auch die gleichen Stimmen am Telefon vernehmen, die sich bislang gemeldet haben. Wie bereits erwähnt sind dies Hugo Diederich und Ronald Lässig.

Auch die Landesgeschäftsstelle des Verbandes Berlin befindet sich – „traditionsgemäß“ – Tür an Tür mit der Bundes-Zentrale.



## Auf ein Wort des Redakteurs

Der Einzug in diese neue, noble Stätte kommt zum 60. Jahrestag der VOS-Gründung in diesem Monat ein bisschen einem nicht mal kleinen Geschenk gleich, das der Vorstand sich und seinen Mitgliedern gemacht hat. Es ist ein Zeichen guten Befindens und neu errungenen Selbstbewusstseins, und es lässt uns weitere Jahrzehnte in der gehabten Tradition und der Verpflichtung gegenüber den noch lebenden und den verstorbenen Opfern und Widerständlern des kommunistischen Regimes ins Visier nehmen.

Sicherlich hatte unser Vorsitzender Johannes Rink in seiner Ansprache (Seite 20 dieser Fg-Ausgabe) nicht Unrecht, als er feststellte, dass die VOS irgendwann verschwinden werde. Aber wir alle sind uns einig, dass damit nicht die nächsten Jahre gemeint sein können. Sicherlich kann nicht jedes VOS-Mitglied das gesegnete Alter von hundert Jahren erreichen und den Verband auf diese

Weise zahlenmäßig stark machen. Wichtig ist vielmehr die Nachführung jüngerer Generationen, dies sind die Fünfzig- und Sechzigjährigen, die den Staffelstab inzwischen schon übernommen haben. Wichtig ist auch, dass wir noch jüngere Generationen von DDR-Opfern erreichen und diese für unsere Ziele, die auch die ihren sind, interessieren.

Abgesehen von den gemeinsamen Schicksalen, die die VOS-Mitglieder miteinander verbinden, steht für uns eine Vielzahl an Aufgaben in Gegenwart und Zukunft an.

Zum einen fordern wir nach wie vor Verbesserungen bei der Versorgung der Haftopfer (und deren Angehörigen), zum anderen sollten wir uns noch mehr in das politische Geschehen einbringen und auch vormals Unbeteiligte an einer Mitgliedschaft in der VOS interessieren. Das jüngste Beispiel einer Zeitzeugenveranstaltung in den Räumen der VOS, an dem eine Studentengruppe der Universität Passau teilnahm (Seite 11), hat gezeigt, welche Wirkung wir erreichen können, wenn wir mit unserem Wissen und unseren Erfahrungen auf die Menschen zugehen

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## VOS-Geschäftsstellen erfolgreich umgezogen – Dank an die fleißigen Helfer

(BV) Für die Bundesgeschäftsstelle und die Landesgeschäftsstelle Berlin-Brandenburg stand kürzlich der Umzug in neue Büroräume an (Freiheitsglocke berichtete). Seit Mitte Februar residieren beide Organisationseinheiten sowie der befreundete Bund der Mitteldeutschen (BMD) im Bürohaus „Zoobogen“ am Hardenbergplatz 2, in 10.623

Berlin, gegenüber dem legendären Bahnhof Zoo. Ausdrücklicher Dank gebührt allen fleißigen Helfern, die mit viel Eigeninitiative zum Gelingen des Umzugs beigetragen haben. Für sie fand am 16. Februar eine Dankeschön-Party in unserem neuen Gemeinschaftssaal über den Dächern Berlins mit Blick auf die Gedächtniskirche statt. Der Landes-

vorsitzende Mario Röllig ist begeistert: „Endlich ist die VOS dort angekommen, wo sie hingehört: Im Herzen Berlins, am Bahnhof Zoo, der für viele von uns die erste Station nach der Ankunft in der Freiheit war.“ Hier einige bildliche Impressionen vom Umzug:

**Adresse und Telefonnummern  
wir immer im Impressum der Fg**

## In dieser Ausgabe:

### W i c h t i g

#### VOS feiert sechzigjähriges Bestehen

*Ansprache des Bundesvorsitzenden* – Seite 20

#### **Titelseite:**

**Bundesvorstand pflegt wichtige Kontakte**  
*Treffen mit Peter Müller, Saarland*

#### **Redaktionsthema:**

Die VOS genießt nach Umzug neue Räume 2

**Seit Jahrzehnten im Dienste der VOS**  
85. Geburtstag für Kamerad Sauerzweig 4

**Eiserner Besen kam zu spät**  
Vor 20 Jahren: SED schickt Politbürokraten  
in die Wüste 4

**Demokratie bleibt ein Fremdwort**  
Die Linke sorgt für ihren eigenen Untergang 5

**Netzwerk könnte vielen behilflich sein**  
CDU-Politiker Hartmut Büttner will Ex-  
Häftlingen in alten Bundesländern helfen 6

**Als der KGB geklont wurde**  
Vor 60 Jahren wurde aus der Stasi ein eige-  
nes Ministerium 6

**Ein seltsames Paar**  
Die Doppelspitze der Linken 7

**Wächst da wirklich was zusammen?**  
Über SPD und Linke und eventuelle Absichten 7

**Ein bisschen Geld tut (nicht) immer gut**  
VOS protestiert gegen Prämien für Systemträger 8

**Zusammenarbeit erwünscht**  
Politische Bildung Hessen als Partner für VOS 8

**VOS gilt als wichtige Vereinigung**  
Frau Birthler dankt Bundesvorstand 8

**Berichte gegen das Vergessen**  
Buch über Lager und Schicksale neu aufgelegt 9

**Die VOS Web-Site ist (wieder) da**  
Wichtig für die Internetnutzer 10

**Beeindruckt und das Wissen erweitert**  
Studentengruppe bei VOS zu Gast 11

**Sechzig, zwanzig – eine gute Bilanz**  
Wie sich zur Wiedervereinigung eine neue gesamt-  
deutsche VOS konstituierte 12 – 13

**Wer soll eigentlich wem verzeihen?**  
Ergebnis einer Tagung: Opfer und Täter werden  
(leider) viel zu oft verwechselt 14

**Es schaudert uns bis heute**  
Waldheim – Bluttausch und Hass-Urteile als  
Einstand für die Gründung der DDR 15

**Damals weggeschlossen – heute rechtlos**  
Opfer der DDR-Psychiatrie fühlen sich allein  
gelassen 16

**Große Worte, kleine Schritte**  
Opferrente leicht aufgebessert 16

**Immer noch Schikanen aufgedeckt**  
Ein neues Dokument über Waldheim 17

**Geschichtsvermittlung von hoher Qualität**  
Wolfgang Lehmann tritt seit sieben Jahren als  
Zeitzeuge in Schulen auf 18

**Die Hölle hatte einen Hoffnungsstrahl**  
*Ex-Häftling erinnert sich nach Beitrag in  
voriger FG an russische Ärztin* 19

---

- Runde Geburtstage 4  
- Personalien 7  
- Suchanzeige 7  
- Zitate 7, 8, 16  
- Verstorbene, Spender 19  
- Impressum 20

## Zahl der Spender auch im Januar/Februar erfreulich hoch

Günther Schrader, Sigrid und Eckhard Schulz, Lisa und Johannes Wagner, Wolfgang Häckl, Günter Berndt, Hartmut Behle, Kurt Pitlinski, Werner Hofmann, Aurelie und Lothar Baumann, Lydia Kuhnke, Marie Heyde, Joachim Gartzke, Werner Wähnert, Gabriele und Gerhard Rink, Familie Uwe Rutkowski, Gerhard Herrmann, Gerhard Fischer, Marion und Winfried Schiemenz, Georg Siegler, Heinz-Günther Lorenz, Dr. Ingrid und Klaus Muder, Helmut Felbrich, Helmut Schlönvoigt, Gerhard Bock, Hans-Christian Braun, Eva und Günter Schreiber, Lisbeth und Günter Krause, Helmut Günther, Gisela Härtel, Gerhard Bartels, Ingrid Faber, Gudrun und Klaus Schönberg, Bernd Wilke, Liesel Mayer, Edgar Wollscheid, Gerhard Bruhnke, Ingetraud Schwenn, Gisela und Manfred Rohde, Horst Hollandt, Bettina und Thomas Hainich, Marie-Luise Rüger, Udo Michelmann, Axel Kunkel, Erich Keppler, Joachim Hänel, Klaus Tübecke, Gottfried Brettschneider, Helga Müller, Oskar Falk, Rainer Buchwald, Manfred Hellwig, Waltraud und Johannes Rink, Hans-Dietrich Kieckbusch, Christoph

Melzer, Werner Friedrich, Erika und Johann Leeb, Margarete und Albin Lichy, Batty und Hans-Jürgen Mewes, Werner Arnold, Maria und Kurt Pickel, Vera Falke, Dr. Peter Joachim Lapp, Fredi Wietzoreck, Ruth und Hans-Joachim Kittel, Erwin Kujadt, Horst Ahrens, Bernd Röhlig, Jürgen Laue, Kurt Lotz, Herbert Jacob, Erna und Bernhard Harz, Günter Hoffmann, Ingrid und Klaus Schmidt

*Allen Genannten ein herzliches Dankeschön.  
Bundesvorstand und Redakteur*

**Der Bundesvorstand meldet: VOS-  
Buchführung ist weiter in Ordnung  
Gemeinnützigkeit bleibt erhalten**

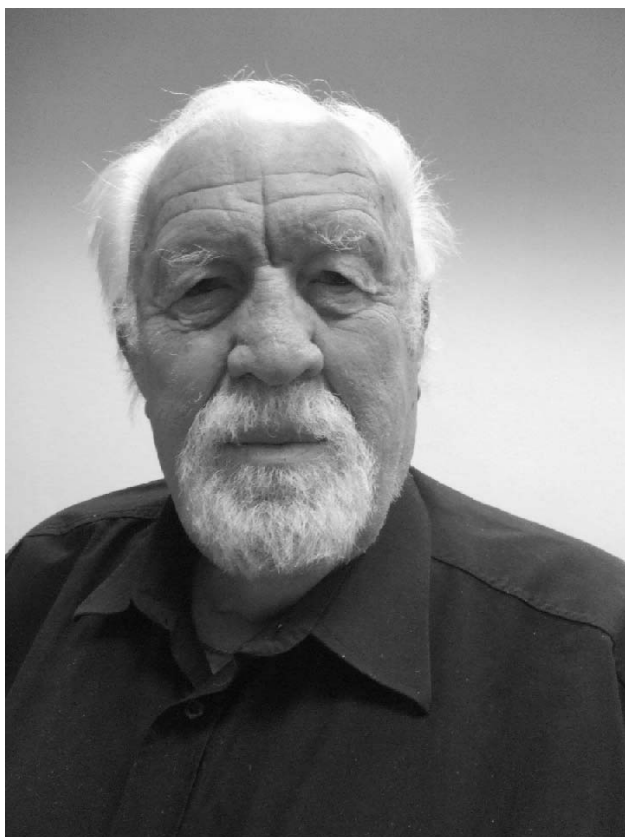
**Das Finanzamt für Körperschaften Berlin hat  
mit Datum vom 10.02.2010 die Gemeinnützig-  
keit der VOS ohne Auflagen bis zum 31.12.  
2012 bescheinigt. Zugrunde lagen die G+V-  
Rechnungen der Jahre 2006 - 2008.**

**Hugo Diederich**

# Große Verdienste und ein wichtiger Kamerad in der VOS

*Werner Sauerzweig aus Kiel beging seinen 85. Geburtstag*

Zu denen, die in und mit der VOS „aufgewachsen“ sind, gehört auch unser Kamerad Werner Sauerzweig. Seine zahlreichen Verdienste um die Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge des Kommunismus, die ihn so häufig wie kaum jemanden sonst in unserem Verbandsorgan Freiheitsglocke haben erscheinen lassen, sind keine Selbstverständlichkeit, und insofern gebührt Werner Sauerzweig insbesondere zu seinem Geburtstag, der bereits im Januar stattfand, unser aller Glückwunsch und ein herzliches Dankeschön. Und natürlich wünschen wir uns und dem Jubilar noch ein langes Wirken in unserem Verband. Bis heute ist der Jubilar Kassenprüfer in der VOS und nimmt einmal pro Jahr den Weg in die Hauptstadt auf sich, um gewissenhaft die Finanzbelege durchzugehen. Auch zu den Generalversammlungen und zu Seminaren reist er regelmäßig an.



Kamerad Sauerzweig ist seit 1955 Mitglied in der VOS, er hat also den Verband seit dessen ganz frühen Tagen mitgestaltet und kennt auch viele der inzwischen verstorbenen Aktivisten noch gut. Für seine Verdienste und die lange Mitgliedschaft wurde ihm bereits vor einigen Jahren die Verdienstmedaille in Gold der VOS verliehen. Dies war nicht nur seiner langjährigen Mitgliedschaft geschuldet, sondern auch den Tätigkeiten, die Kamerad Sauerzweig für die VOS ausgeübt hat. Vor allem auf regionaler Ebene war er tätig. Zahlreiche Meldungen und Artikel, die er als Pressesprecher seiner VOS-Landesgruppe in der Presse Schleswig-Holsteins veröffentlichte, lassen die gesammelten Kopien und Originale heute kaum noch in einer Mappe zusammenfassen.

Immer hat es Werner Sauerzweig als seine Aufgabe angesehen, die Opfer des Stalinismus zu unterstützen.

Egal, ob es dabei um die Opferrente oder andere Belange ging. Ziel war es, die Opfer des Stalinismus in den gleichen Status zu bringen wie die Opfer des deutschen Nationalsozialismus, damit deren Rechte gestärkt würden und man ihnen bessere Vergünstigungen gewährte.

Werner Sauerzweig selbst brachte 100 Monate in der Haft zu. Nachdem er noch im Zweiten Weltkrieg an der Front eingesetzt worden war, geriet er in die Kriegsgefangenschaft der Sowjets, doch er konnte noch 1945 fliehen. Er wählte sich Staßfurt als Wohnsitz und begann eine Ausbildung als Lehrer. Hier holte man ihn mitten aus dem Unterricht und sperrte ihn wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur Hitlerjugend ein. Verurteilt wurde er zu 15 Jahren Haft, doch mit Glück fiel er unter die Amnestie und kam nach mehr als vier Jahren frei. Schnell setzte er sich in den Westen ab, wo er in Kiel eine neue Ausbildung, diesmal im kaufmännischen Bereich, begann. Er wurde Büroleiter und gründete eine Familie, bezog ein Haus und arbeitete auch in anderen Verbänden aktiv mit.

Die Jahre in Buchenwald und anderen furchtbaren Lagern hat er nicht vergessen. Er hat seine Erinnerungen und Erlebnisse dokumentiert und aufgeschrieben und diese umfangreiche Sammlung komplett dem Archiv übergeben, das inzwischen über die Vorgänge im früheren KZ – auch nach Ende des Dritten Reiches – angelegt wurde.

Leider ist die ehemals große Gruppe der VOS-Mitglieder in Schleswig-Holstein stark zusammengeschrumpft. Möglicherweise gibt es nicht mehr genügend Interessierte für den Verband. Zu seinen engen Freunden und Kameraden gehören jedoch immer noch die langjährigen Wegbegleiter Siegfried Jahnke und Walter Jürß. Beide waren auch zur Stelle, als die Feier zum nunmehr 85. Geburtstag beim inzwischen verwitweten Werner Sauerzweig stattfand.

Der Bundesvorstand und der Redakteur wünschen unserem Kameraden Werner Sauerzweig weiterhin Kraft und Engagement und viele schöne Jahre. Getreu dem Motto: Hundertjährige sind unserer Gemeinschaft weiterhin willkommen. *Hugo Diederich*

## **Geschichts-Rückblick in der Fg Ende mit Schrecken kam zu spät**

Vor 20 Jahren, am 21. Januar 1990, mistete die SED ihren Stall aus. Fast alle Senioren, die sich noch dreieinhalb Monate zuvor in die Feier zum 40-jährigen DDR-Bestehen geschleppt hatten, wurden aus der „Partei der Arbeiterklasse“ ausgeschlossen. Eine aus den „unteren Mitgliederschichten“ gebildete Schiedskommission sorgte mit unerbittlicher Härte dafür, dass solche Altkader wie Mittag, Axen, Herrmann oder Dohlus nach teils längeren „Anhörungen“ entfernt wurden. Auch Honecker, der der Vorladung aus Krankheitsgründen nicht folgte, verlor die Mitgliedschaft. Die Aktion war bis dato einmalig, denn nie zuvor hatte eine Partei so radikal ihre breite Führungsmannschaft in die Wüste geschickt. Ansehen und Respekt konnte sie dadurch nicht gewinnen – es war schon zu spät, genau 44 Jahre ... *Valerie Bosse*

# Nichts mehr im Griff auf dem sinkenden Schiff

## *Fg-Redakteur Alexander Richter über die konfuse Situation bei den Linken*

Die Partei Die Linke, die von manchen auch Linkspartei oder PDS genannt wird und die aus der alten SED und der WASG entstanden ist, hat wieder für Schlagzeilen gesorgt. Es ging diesmal nicht um Regierungsbeteiligungen oder Ansprüche auf Ministerpräsidenten-Posten in den Bundesländern, sondern es war die Verkündung des Untergangs. Das Schiff, das man sich aus morschen Planken gezimmert hatte, sinkt. Es steckt schon weit drin in den Fluten. Spätestens im Mai dieses Jahres, wenn die Landtagswahl in NRW vorüber ist, wird davon nicht mehr viel zu sehen sein.

Nachdem der Vorsitzende Lafontaine als großer Hoffnungsträger gemeinsam mit dem inzwischen völlig ausgehöhlt wirkenden Gregor Gysi versucht hat, die Partei auf Bundesebene in eine große Koalition mit der SPD und den Grünen zu hieven und dieses Vorhaben von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler abgelehnt wurde, scheiterte auch eine Rückkehr des Saarländers Lafontaine in das Amt des Ministerpräsidenten. In seinem Bundesland, dem Saarland, zog es der Wunschpartner Die Grünen vor, sich mit CDU und FDP auf eine so genannte Jamaika-Koalition zu verständigen. Lafontaines anschließender Rückzug aus der Politik hat die Linke in ein absolutes Loch gestürzt. Hinzu kam der personelle Konflikt mit dem Geschäftsführer Bartsch, der offenbar über keine ausreichende Lobby in seiner Partei verfügt. Damit hat die Linke mit Lafontaine zum einen im Westen ihr mit Abstand größtes Zugpferd verloren, zum anderen fehlt mit Bartsch die solideste Führungskraft. Ganz davon abgesehen, dass sich viele Alt-Genossen in den neuen Bundesländern mit Bartsch identifiziert haben und sie die Niederlage, die der Bundesgeschäftsführer einstecken musste, als eine Schmähung ihrer eigenen Interessen und der sozialistischen DDR-Vergangenheit ansehen. Gar nicht zu reden davon, dass die alten SED-Kader kein Verständnis für öffentliche Auseinandersetzungen zwischen den Parteiführern haben. Spielte sich doch in den Diktatur-

Zeiten vor 1990 alles hinter verschlossenen Türen und auf Basis starrer ideologischer Vorgaben ab.

Quasi über Nacht hat sich die Linke nunmehr eine „Doppelspitze“ verordnet. Man muss kein Partei-Insider sein, um bei dieser Maßnahme und der neuen Personalordnung die Hand des stark angeschlagen wirkenden Gregor Gysi zu erkennen. Gysi hat versucht, zu retten, was an diesem sinkenden Schiff noch zu retten ist. Er wollte den Kompromiss zwischen Ost und West finden, und er hat – wie üblich in der Partei Die Linke – erst mal geschaut, wie andere Parteien ihre Führungspersonalien bilden. Dass er dabei die Grünen im Blickfeld hatte, ist unverkennbar. Diese agieren schon lange mit einem durchaus hoch qualifizierten Team und diskutieren öffentlich über Probleme und Strategien. Sie verfügen über konkrete Ziele in Politik und Wirtschaft und sind kompromissbereit, ohne sich verbiegen zu müssen. Ihre Akzeptanz reicht auch in die anderen politischen Lager, dies sei sowohl für Parteien wie auch für die Wähler gesagt. Es bedarf daher keiner Propheten, um ihnen für die nächsten Wahlen, speziell in NRW, weitere Zuwächse vorauszusagen.

Die Linke versucht diese Konstellation zu kopieren. Die Bildung einer Doppelspitze in der Führung, Ost-West und Frau-Mann, wirkt bereits im Ansatz hilflos. Westdeutsche Mitglieder sprechen dem Bayern Ernst die Kompetenz und das erforderliche Führungsniveau ab. Ernst ist durch mehrere Instanzen von außen in diese Partei gestolpert. Nicht nur er. Er wirkt hausbacken und undynamisch. Von ihm gehen weder Inspiration noch Leidenschaft aus.

Die zweite Führungskraft Gesine Lötzscher war, so können wir es in dieser Fg an anderer Stelle nachlesen, bereits 1984 in der SED. Sie war Studentin im westlichen Ausland. Durch ihr bisheriges Auftreten in Parteitagungen und in den Medien hat sie es nicht vermocht, die DDR-Fassung von sich schütteln. Ihre Reden sind voller Eifer, aber sie zeugen nicht von Toleranz. Man meint, sie verstecke, während sie

am Rednerpult steht, die Brechstange hinter ihrem Rücken. Es bedarf sicherlich keiner böswilligen Einstellung, um ihr jedwede Vergleichbarkeit mit einer Renate Künast abzusprechen.

Das wesentlichste Defizit der Linken jedoch ist das dürftige Parteiprogramm. Die Schlagworte lauten Afghanistan oder Hartz IV. Doch wen will man damit beeindrucken? Jeder weiß, dass die Bundesregierung an einem mittelfristigen Rückzugskonzept vom Hindukusch arbeitet, dies in Übereinstimmung mit den anderen Nato-Verbündeten. Tatsache ist, ein abrupter Truppenabzug wird nicht möglich sein. Schon gar nicht im Alleingang, denn ansonsten würden sich die Beziehungen zur USA erneut verschlechtern, diesmal spürbar. Unsere Wirtschaft würde weiter in die Knie gehen – und weitere Hartz-IV-Empfänger produzieren.

Die Linke hat bei den Bundestagswahlen im September 2009 einen ungewöhnlich hohen Stimmenanteil bekommen. Sie hat von den Verlusten der SPD profitiert und zugleich eine Verschmelzung mit der eigentlichen deutschen Arbeiterpartei propagiert. Sie hatte in der Tat gute Trümpfe. Doch sie ist nicht die einzige Partei, die über Trümpfe verfügt. Und hierzu sei ganz besonders angemerkt: welch ein Glück. Es wäre in allen Belangen unangemessen, diese Partei an der Regierung der Bundesrepublik zu beteiligen. Zu tief ist sie mit der DDR und deren Diktatur, deren grobem Unrecht verwurzelt. Egal, dass im Land vieles im Argen liegt, dass wir die Talsohle der Wirtschaftskrise noch längst nicht durchschritten haben. Und egal auch, dass sich in anderen Parteien ebenfalls Unfähige, Egoistinnen und Egoisten breit gemacht haben, dass Politik vielfach ein Metier von Redensarten und Oberflächlichkeiten geworden ist. Auch: Dass es schwer ist, unter dem ständigen Beschuss der Medien, Gerichtsentscheidungen und des Einflusses der EU-Gesetze einen geraden Kurs zu bewahren. Denn, um dies klarzustellen: Nicht die bürgerliche Demokratie ist 1989 untergegangen, sondern die sozialistische Diktatur.

## SED- und Stasi-Opfer gründen Netzwerk in Niedersachsen

*Bemerkenswerte Initiative von Hartmut Büttner  
Verbandsübergreifende Maßnahmen sollen  
SED-Opfern in alten Bundesländern helfen*

Die in Niedersachsen lebenden SED- und Stasi-Opfer und die niedersächsischen Opferverbände wollen künftig intensiver zusammenarbeiten. Daher haben sie in Hannover ein Netzwerk gegründet.

Bei der Gründungsversammlung im niedersächsischen Innenministerium einigten sich die Repräsentanten des Verbandes der Opfer des Stalinismus (VOS), des Verbandes politisch Verfolgter des Kommunismus (VpVdK) der Stasi-Opfer-Selbsthilfe und der Ehrenamtlichen Hilfe für SED-Opfer darauf, künftig verstärkt gemeinsam die Interessen der Kommunismus-Opfer wahrzunehmen.

Im Mittelpunkt stehen Hilfen bei der strafrechtlichen, juristischen und beruflichen Rehabilitierung und der neuen Opferpension (Besondere Zuwendung). Da die Traumatisierung vieler SED- und Stasi-Opfer bis zum heutigen Tag anhält, soll die häufig bestehende Schwellenangst zu Behörden durch die vermittelnde Hilfe von Leidensgefährten abgesenkt werden.

Weiterhin will das neue Opfernnetzwerk in direkten Gesprächen mit Politikern aus Land und Bund versuchen gezielte Verbesserungen bei den SED-Rehabilitierungsgesetzen durchzusetzen. Die DDR-Opferverbände sehen dabei in der niedersächsischen Landesregierung einen besonderen Verbündeten. Als einziges westdeutsches Bundesland unterhält Niedersachsen eine Beratungsstelle für DDR-Opfer im Ministerium für Inneres, Sport und Integration.

Gegenüber der neuen Bundesregierung bietet folgende Passage der Koalitionsvereinbarung eine wichtige Grundlage für die Aktivitäten des Opfernnetzwerkes:

***Mit dem Ende der DDR hat sich das vereinte Deutschland der Aufgabe gestellt, das von SED und Staatssicherheit begangene Unrecht auszugleichen. Wir werden das System der Rehabilitierung und Entschädigung laufend überprüfen und offenbaren Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern, Rechnung tragen.***

Haupt-Initiator des Netzwerkes ist der Ratsvorsitzende des niedersächsischen Landkreises Garbsen, Hartmut Büttner. Herr Büttner war 15 Jahre Bundestagsabgeordneter der CDU, bevor er sich nunmehr schwerpunktmäßig den regionalen Aufgaben widmete und zum kompetenten Ansprechpartner der SED-Opfer in Niedersachsen wurde. Den hier eingeleiteten Maßnahmen könnten bzw. sollten die längst fälligen Anlaufstellen nun auch endlich in den anderen Ländern der „alten“ Bundesrepublik folgen. Hier leben, verteilt auf das gesamte Territorium, noch Tausende ehemalige politische Häftlinge der SBZ bzw. DDR. Leider werden diese Opfer oft genug falsch oder gar nicht beraten bzw. stellt man ihnen beispielsweise bei Anträgen auf Anerkennung von Haftschäden Gutachten aus, deren Aussagen keinerlei Bezug zu den menschenunwürdigen Bedingungen, wie sie in der DDR-Haft herrschten, aufweisen.

*B. Thonn*



**Der CDU-Politiker Hartmut Büttner war bereits 1990 als Vertreter von Sachsen-Anhalt Mitglied des Bundestags. Der aus Niedersachsen stammende 58-Jährige setzt sich seit Langem für die Interessen der ehemaligen politischen Häftlinge des SED-Regimes. Auch die Durchsetzung der Ehrenpension gehört zu seinen Erfolgen. Mit seiner neuen Initiative könnte, so sie denn auch für die anderen Bundesländer übernommen würde, vielen Älteren, Geschädigten und deren Angehörigen geholfen werden.** (Foto: Internet)

## Geschichtsrückblick

### Wie das Monster seinen Namen und seine Struktur bekam

*Gründung des MfS, genannt Stasi, im Februar 1950*  
Sechzig Jahre ist es her, dass einer der verhasstesten Geheimdienste, die je existierten, gegründet wurde. Obwohl schon im Januar 1950 im Ministerrat beschlossen, gilt der 8. Februar als Gründungstag des Ministeriums für Staatssicherheit in der Form eines selbständigen Ministeriums. An diesem Tag beschloss die „Provisorische Volkskammer“ mit ewig wärender Einstimmigkeit die Ausgliederung der bisherigen Abteilung aus dem Ministerium des Innern. Anschließend mussten die damals noch existierenden Landesparlamente ihre schweigende Zustimmung geben. So wurde mit dem Erz-Stalinsten und KPD-Gründungsmitglied Zaisser ein passender Hardliner in das Amt gehoben.

Wie solch ein Geheimdienst nach dem Prinzip „Lasst niemals Gnade oder Recht walten“ funktionieren konnte, hatten die Initiatoren zur Genüge am Beispiel des untergegangenen Nazi-Staates lernen können. Praktische Erfahrungen und Unterstützungen wurden indes auch aus dem Reich Moskaus geliefert. Der KGB, Stalins todbringendes „Schwert“, lieferte nur zu gern das „Knowhow“ der eisernen Faust; verband sich damit doch auch der Eigennutz, den kommunistischen Machtbereich zu stabilisieren und auszudehnen. *H.D.*

## Eine Glanzvolle SED-Karriere hätte möglich sein können

*Jörg Bilke hat sich mit dem Lebenslauf der neuen Linken-Vorsitzenden Gesine Löttsch befasst*

Bei dem Porträt in der Zeitung (NEUE PRESSE, 27. Januar 2010, Seite 11) der neuen Linksparteivorsitzenden Dr. Gesine Löttsch, die ich aus der Anna-Seghers-Gesellschaft kenne, ist vor allem aufschlussreich, was nicht in der Zeitung steht. Während ihres Studiums der Sprachwissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität 1980/88 durfte sie 1987 ein Forschungssemester in den Niederlanden verbringen. Wenn DDR-Studenten im Ausland studieren durften, so galt es als Auszeichnung, nach Leningrad oder Moskau geschickt zu werden. Wer aber ins „kapitalistische Ausland“ geschickt wurde, der galt der SED, der Gesine Löttsch seit 1984 angehörte, als durch und durch vertrauenswürdiger „Auslandskader“, der für eine SED-Parteikarriere vorgesehen war, was „leider“ durch den Mauerfall vom 9. November 1989 verhindert wurde.

Die heutige Vorsitzende ist mit dem 30 Jahre älteren Sprachwissenschaftler und Slawisten Prof. Dr. Ronald Löttsch verheiratet, der 1993/95 den Lehrstuhl für Sorabistik (Sorbische Geschichte und Kultur) in Leipzig innehatte. Mehr erfährt man im INTERNET nicht über seinen Lebenslauf. Da muss man anderswo nachschlagen, beispielsweise in Erich Loests Bericht „Prozesskosten“ (Steidl 2007), wo man lesen kann, dass er 1956 einer der führenden Köpfe der Leipziger Intellektuellen war, die gegen Walter Ulbricht in Opposition standen. Als Assistent für Slawistik an der Leipziger Universität wurde er 1957 verhaftet und saß dann drei Jahre im Zuchthaus Bautzen II mit Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Erich Loest, durfte aber „schon“ 1970, der Karriere wegen, wieder in die SED eintreten. Die Leipziger Diskussionen 1956/57 um eine Absetzung Walter Ulbrichts wurden aus der Biografie gestrichen.

Aber auch die dynamische Gesine Löttsch wird die Selbstzerfleischung der Linkspartei nicht verhindern können. Jetzt drängt, nach Oskar Lafontaines und Gregor Gysis Rückzug, die zweite Garnitur nach oben. In der Partei kämpfen Westdeutsche gegen ehemalige DDR-Leute, Realisten gegen eingefleischte SED-Ideologen und einen ganzen Schwarm kommunistischer Grüppchen um die Spitze.

*Dr. Jörg B. Bilke*

## Die Linke und die Lippenbekenntnisse der SPD

*Von der einstigen „Ypsilanti-Falle“ hin zur neuen Denkfabrik*

Nun lässt die SPD offiziell die Katze aus dem Sack. Was bisher nur gemutmaßt wurde oder wovon auch vor kurzen in Leserbriefen abwegig spekuliert worden ist, scheint jetzt Schritt für Schritt Realität zu werden. Nach dem bereits Wolfgang Thierse und F.W. Steinmeier erklärt haben, dass es denkbar wäre, eine Koalition mit der Linkspartei in NRW ins Auge zu fassen, setzt Gabriel noch einen drauf, spricht bereits davon, ähnliche Vorhaben mit der SED/PDS/Linke auf Bundesebene zu realisieren.

Eine weitere Meldung, die scheinbar unbeachtet von der Öffentlichkeit blieb: Eine Ex-Spitzenkandidatin der SPD, eine Linken-Politikerin, ein Sänger und ein Ex-Staatssekretär gehören zur Besetzung der neuen Denkfabrik „Institut Solidarische Moderne“. Das Projekt unter der Führung von Andrea Ypsilanti arbeitet offiziell gegen Schwarz-Gelb, inoffiziell aber schon an Rot-Rot-Grün. Zu dieser Denkfabrik gehört die Alt-Stalinistin Sahra Wagenknecht von der „Kommunistischen Plattform“ der Linkspartei.

In Hessen war Ypsilanti (SPD) bereits mit dem Versuch gescheitert, zusammen mit den Postkommunisten von der Linken eine Regierung zu bilden. Nun will sie erneut Anlauf nehmen und damit Wähler für ein solches Volksfrontbündnis organisieren.

Jetzt dürfte jedem Bundesbürger klar sein, dass die SPD allmählich die Koalition mit der SED – Nachfolgepartei die Linke auf bundespolitischer Ebene vorbereitet und Schritt für Schritt das Gesicht unserer Bundesrepublik verändern will. Damit dürften die Lippenbekenntnisse des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, mit der Linken in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2011 nicht koalieren zu wollen, weiter an Glaubwürdigkeit verloren haben.

*Maximilian Meurer, Wittlich*

## SED-Karriere anvisiert und aus der SPD ausgeschlossen – Kurzporträt der Doppelspitze

**Gesine Löttsch** wurde 1961 in Ost-Berlin eine Woche vor dem Mauerbau geboren. Von 1984 bis 1990 gehörte sie der SED, seit 1990 der neu gegründeten PDS an. Sie war PDS-Landesvorsitzende und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin. Von 1991 bis 2002 war sie Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, wo sie mehreren Ausschüssen angehörte. Seit 2002 ist sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Seit 2010 gehört sie der Linken-Doppelspitze an.

**Klaus Ernst** als Mit-Vorsitzender der Linken ist 1954 in München geboren. Er ist nach einer Laufbahn bei der Gewerkschaft zur WASG gekommen, da er vor allem gegen die Hartz-IV-Gesetze war. Als Mitglied der SPD wurde er 2004 aus dieser Partei allerdings ausgeschlossen. Seit 2005 ist er für die Partei Die Linke Mitglied des Bundestages.

## Suchanzeige

Andreas Steglich von 1988 bis 1989 im Zuchthaus Cottbus wegen §§ 99; 219 inhaftiert, sucht seinen Vater

### **Christian Steglich (geboren 24.06.1942)**

der 1973/74 ebenfalls in Cottbus als politischer Häftling inhaftiert war und 1974 freigekauft wurde und kurz in Selzen bei Mainz lebte und anschließend er in Darmstadt polizeilich gemeldet war. Er ging dann entweder in die USA oder zur Fremdenlegion. Wer kann über Christian Steglich Auskunft geben? Auskünfte an die VOS-Geschäftsstelle oder per E-Mail an Andreas Steglich: noumea66@web.de

**Das Zitat:** „... sie ist nicht die Nachfolgerin der SED.“ Linken-Vorsitzender Klaus Ernst über seine Partei Die Linke

## Linke prämiert ihre Unrechtstaten mit ansehnlichen Vergünstigungen

### *VOS empört über Brandenburger Beschlüsse zur Anrechnung der DDR-Dienstzeiten*

Als skandalösen Vorgang ohne gleichen hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die Weisung des von der Linkspartei geführten Finanzministeriums in Brandenburg bezeichnet, wonach Dienstzeiten bei der Stasi und den DDR-Grenztruppen künftig bei der Erteilung von Jubiläumsprämien als Arbeitszeiten angerechnet werden sollen.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender: „Schlimm genug, dass die Stasi-Täter die Brandenburger Regierungsfraktion leiten. Jetzt prämiert die Linke auch noch ihre DDR-Unrechtstaten. Das ist ein skandalöser Vorgang, vor allem, weil die Täter ungeniert in den Steuertopf greifen. Wir verlangen von SPD-Ministerpräsident Platzeck mit seiner Richtlinienkompetenz die Weisung des Finanzministeriums zurückzunehmen und zur ursprünglichen Regelung zurückzukehren.“

Die Neuregelung des Finanzministeriums sieht vor, dass Beamte und Richter vom 25. Dienstjahr an Jubiläumszuwendungen in Höhe von 300 bis 400 Euro erhalten. Bisher wurden Dienstzeiten für die Stasi, die DDR-Grenztruppen oder andere systemnahe Bereiche nicht angerechnet. Dies wurde nun aufgehoben.

Damit werden auch DDR-Bedienstete bevorteilt, die z. B. bei Vernehmungen oder vor Gericht politische Haftlinge menschenunwürdig behandelt haben.

## Bundesbeauftragte schätzt Zusammenarbeit mit VOS als wichtig ein

### *Statement von Marianne Birthler*

Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler hat der VOS für die gute Zusammenarbeit gedankt. Anlass war der 20. Jahrestag der Besetzung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 2010 in Berlin.

In einem Brief der Behörde an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ronald Lässig heißt es: „Es ist gut zu wissen, insbesondere von einer wichtigen Organisation aus dem Kreis der Opfer der kommunistischen Diktatur eine so eindeutige Unterstützung zu erhalten.“

Frau Birthler teilte auch ihre Freude darüber mit, dass die VOS den Wert, Akteneinsicht und politische Bildung mit diesen Akten von einer Organisation sozusagen aus einer Hand bekommen zu können, hoch einschätzt. Zuvor hatte sich unser Verband in der Debatte um die Zukunft der Bundesbehörde öffentlich dafür ausgesprochen, diese zu stärken und die Stasi-Unterlagen nicht in das Bundesarchiv zu überführen.

Die Hinterlassenschaft der DDR-Geheimpolizei müsse auch künftig in herausgehobener Weise verwaltet und erforscht werden, zumal die Anträge der Bürger auf Akteneinsicht auch im vergangenen Jahr gestiegen seien, hieß es in der Pressemitteilung der VOS.

#### **Das Zitat zur Gegenwart**

Ich weine – tränenlos nach innen – über die rebellische Bravheit unserer Erinnerungskultur, denn sie legt sich selbst Ketten an

*Andreas Kaiser, Künstler aus Bonn*

## Schwerpunkte liegen auf Diktatur- und Extremismusforschung

Frau Dr. Carmen Everts hat als Referatsleiterin im Bereich politische Bildung im Bundesland Hessen ihre Tätigkeit aufgenommen. Mit ihrem nachfolgend (leicht gekürzt) veröffentlichtem Schreiben an die VOS zeigt sie vor allem Möglichkeiten der Zeitzeugenarbeit für VOS-Mitglieder auf.

Zum Jahresbeginn habe ich meine Tätigkeit als Referatsleiterin in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung aufgenommen.

Im zeitgeschichtlichen Bereich wird sich unser Referat der Diktatur- und Extremismusforschung widmen und dabei insbesondere die wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Landeszentrale vertiefen. Dabei steht das Referat VII in enger Zusammenarbeit mit dem im September 2009 neu in unserem Haus geschaffenen Schwerpunktprojekt „Historisch-politische Aufarbeitung der SED-Diktatur“ unter der Leitung von Jutta Fleck, die als Ansprechpartnerin für Zeitzeugen hierzu ein neues Dokumentationszentrum aufbaut und insbesondere Zeitzeugenbesuche in Schulen und Klassenreisen zu der Gedenkstätte Hohenschönhausen organisiert.

In meinem Referat stehen die Konzeption und Umsetzung von Fachpublikationen und Bildungsmaterialien zum Themengebiet, wissenschaftliche Tagungen und Vorträge sowie der Austausch mit Forschenden, Lehrenden, Zeitzeugen und der interessierten Öffentlichkeit im Vordergrund. Ziel ist dabei, u. a. die Herrschaftsstrukturen und Verbrechen der SED-Diktatur zu verdeutlichen und dem Unwissen und zum Teil sogar Verklärung der DDR („DDR-Nostalgie“) entgegenzuwirken. Darüber hinaus geht es auch um die Aufarbeitung wichtiger Fragen der Diktatur- und Extremismusforschung für die politische Bildungsarbeit.

Im zweiten Themenschwerpunkt „Demografischer Wandel“ widmet sich das Referat VII den Merkmalen, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen des Bevölkerungswandels, der von Experten mit dem Satz „Wir werden weniger, bunter, älter“ umschrieben wird. Rückgängige Geburtenzahlen, die erfreuliche Altersentwicklung, Binnen- und Zuwanderung führen zu zum Teil gravierenden Veränderungen auch in unserem Bundesland Hessen. Deshalb steht nicht allein die Vermittlung des Wissens um die Veränderungen in der Bevölkerung im Vordergrund, sondern vor allem die individuellen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Anforderungen und Handlungsansätze, die sich daraus ergeben bspw. in der Kinder- und Familienpolitik, der Bildung und Generationengerechtigkeit, der Migrationspolitik und Integration, der Arbeitswelt und Wirtschaft, der Sozialpolitik und dem bürgerschaftlichen Engagement. Hierüber soll mit Fachvorträgen, Tagungen und Seminaren, Publikationen und Unterrichtsmaterialien im Rahmen unserer Möglichkeiten aufgeklärt werden.

Beide Themenschwerpunkte wenden sich an junge Menschen und Lehrende, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aber auch politisch und historisch interessierte Bürgerinnen und Bürger.

*Dr. Carmen Everts, Referatsleiterin*



# Über Waldheim, Workuta, Tost, Bautzen und andere „rote Höllen“

*Kamerad Fritz Schüler wirkt mit Neuauflage von Haftberichten gegen das akute Vergessen*

Wer sich nur ein wenig in der Nachkriegsgeschichte des Zweiten Weltkriegs in Mittel- und Osteuropa auskennt, für den sind die Namen von Waldheim, Workuta, Berlin-Hohenschönhausen, Hoheneck, Brandenburg oder Cottbus feste Erinnerungsorte. Zuviel Elend hat sich hier über viereinhalb Jahrzehnte abgespielt, zu viele Schicksale, mit Todes- oder schwerer Krankheitsfolge verbinden sich damit. Die Opfer dieser Epoche stammen

ber das erlittene Schicksal zu reden und das geschehene Unrecht anzuprangern. Andere, die sich nach der Entlassung schnell in den Westen abgesetzt hatten, konnten sich freilich schon viel früher artikulieren, sie hatten die Möglichkeit, sich in der VOS zu organisieren und mit ihren Klagen und Berichten an die Öffentlichkeit zu gehen.

So wurde zu früher Zeit bereits der Sammelband mit Aufzeichnungen von Haft-Erfahrungen vorge-

ment sein. Treffen wir hier doch zahlreiche langjährige Mitglieder wieder, die – wie unser verdienter Kamerad Werner Sauerzweig, der inzwischen das 85. Lebensjahr gemeistert hat und nach wie vor zu den Aktivposten des Verbandes zählt – nicht nur unsere Gemeinschaft voran brachten, sondern die Lebenssituation der ehemaligen politischen Häftlinge insgesamt mit zu verbessern halfen.

Auch die früheren Mitarbeiter der

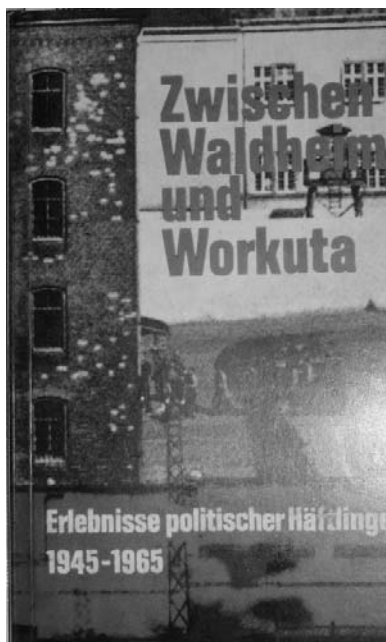
## SEITENBLICK - BÜCHER IN DER FG

aus allen Altersschichten, sie kommen vorwiegend aus dem seit Kriegsende von den Sowjettruppen besetzten deutschen Gebieten. Alles, was in jener Zeit geschehen ist, wurde unter der Rubrik „gerechte Bestrafung nationalsozialistischer Verbrechen“ verbucht, es war jedoch letztlich nichts weiter als blindwütige Vergeltung, die vom Sowjet-Diktator Stalin höchstpersönlich angeordnet war, egal dass zu den Opfern Tausende Unschuldige, oftmals minderjährig, gehörten. Seitens der sozialistischen Regierungen und deren Medien wurden die Betroffenen schlicht als NS-Verbrecher hingestellt, wirkliche Lebensläufe kamen fast niemals an die Öffentlichkeit. Eine Methode, die so genannte Faschismuskeule, derer sich auch heute gern noch linke Ideologen – bei Presse und in der Politik – bedienen.

Diejenigen, die nach vier, sechs, acht oder noch mehr Jahren die Höllen der Lager und Zuchthäuser überlebten und mit körperlichen und seelischen Schäden aus den Anstalten entlassen wurden oder aus der russischen Eiswüste zurückkehrten, waren zudem zum Schweigen verdammt. Dass das angeblich humane sozialistische Gesellschaftssystem Menschenleben in einer derartigen Weise zerstörte, gehörte nicht in das Vorzeigebild für die Öffentlichkeit.

Erst durch die Wiedervereinigung und die damit gewonnene Meinungs- und Publikationsfreiheit erhielten ehemalige Häftlinge und Lagerinsassen die Möglichkeit, ü-

legt, in dem ehemalige Insassen der Lager auf deutschem und sowjetischem Gebiet ihre Erlebnisse beschreiben und auch an jene erinnern, die den roten Höllen – wie kürzlich Heinz Unruh das Lager von Bautzen in der Freiheitsglocke bezeichnete – konnten. Ein solcher



**Haftberichte – verfasst von VOS-Aktivisten, neu herausgegeben von Fritz Schüler**

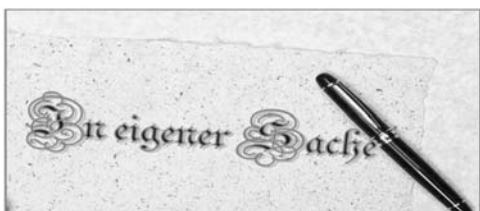
Band ist jetzt durch die Initiative unseres Heilbronner Kameraden Fritz Schüler in neuer Auflage erschienen. Kein billiges Projekt, denn gerade in der heutigen Zeit sind Förderungen dünn gesät, und so musste Fritz Schüler letztlich selbst in die Tasche greifen und einige Auslagen finanzieren.

Das Ergebnis ist dennoch ansehnlich. Vor allem dürfte es für die VOS-ler ein bewegendes Doku-

ment sein. Susanne Sievers und „Hansi“ Platz haben mit Erzählungen zum Gelingen beigetragen. Beide machten in den 1960er-Jahren großartige Karrieren in den Medien. Platz trug wesentlich bei der Gründung und Etablierung des ZDF bei, was noch heute durch einen Sitz im Fernsehrat des Senders gedankt wird. Später ging er mit Ex-Kanzler Adenauer nach Israel und arbeitete an der Dokumentierung seiner Lebensgeschichte. Susanne Sievers dagegen wurde Korrespondentin in den USA und erhielt verschiedene Auszeichnungen. VOS-Aktivist Rudolf Jahn ist mit fünf Beiträgen vertreten.

Zur Aktualisierung trug neben dem Initiator Fritz Schüler auch der von uns allen geschätzte Karl Wilhelm Fricke bei. Er, selbst jahrelang inhaftiert, schrieb die Einleitung, die diesem Buch durchaus gut getan hat. An die VOS-Mitglieder und die Leserinnen und Leser bleibt nun der Appell, dieses Buch zu erwerben. Erstens, um Fritz Schüler zu unterstützen, zweitens, um die Erinnerungen wach zu halten, vielleicht auch durch eine Weitergabe des Bandes als Geschenk an junge Leute oder auch an Medienvertreter. *Valerie Bosse*

**Zwischen Waldheim und Workuta**  
*Erlebnisse politischer Häftlinge 1945 bis 1965* ISBN 978-3-939721-13-0  
**Ein Sammelband von 35 Autoren mit 45 Zeitzugeberberichten**  
**12 Euro, 197 Seiten** Ursprünglich bearbeitet von Dr. Sigurd Binski, Einleitung in 2009 von Dr. Karl-Wilhelm Fricke



## Fortsetzung nach Erscheinungspause

Internetmagazin der VOS unter neuer  
Adresse nun wieder abrufbar



Ausgabe /Beitrag- Nr.: 193 / 1    Ausgabe-Datum: 23. Januar 2010    (geplante nächste Ausgabe : 13. Februar 2010)

**Gute Nachrichten für alle Internet-Freaks in der VOS: Das Internet-Magazin, bisher in Magdeburg von Wolfgang Stiehl aus Sachsen-Anhalt erstellt, erscheint wieder. Nunmehr jedoch im Auftrag der Bundes-VOS und mit mehreren Initiatoren, doch weiter unter der kreativen Beratung von Wolfgang Stiehl. Somit können Beiträge, die in der nachfolgenden Freiheitsglocke veröffentlicht werden, vorab im Internet eingesehen werden. Außerdem ist es möglich, besonders umfangreiche Berichte, Fotos oder Kommentare, die in unserer Zeitschrift keinen Platz haben, online zu veröffentlichen.**

Hierzu Wolfgang Stiehl:

Start    Ansprechpartner    Mitgliedschaft    Mitteilung    Zeitung    Zeitzeugen    Forum    Literatur    Links

Die Ausgabe 192 des Internet-Magazins war im Oktober 2009 unsere letzte Ausgabe nach fast elf Erscheinungsjahren im gewohnten Outfit und auf der gewohnten Adresse. Es hat etwas länger gedauert als ursprünglich angenommen, aber nun erscheint das VOS-Magazin wieder, wie angekündigt, als Bestandteil der VOS-Seite unter der leichter zu merkenden Adresse [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de).

Das Magazin der VOS setzt die Einstellung von Vorab-Beiträgen der Freiheitsglocke und längeren Beiträgen, die in unserer Verbandszeitschrift den verfügbaren Platz sprengen würden, wie auch von Beiträgen aus

Sachsen-Anhalt, fort. Die Magazin-Beiträge sollen möglichst, wie gehabt, in regelmäßigen Abständen durch neue ersetzt werden. Sie sind auf der angegebenen Adresse abrufbar in der nachfolgend dargestellten Auswahlzeile an siebenter Position, mit einem Klick auf das Wort Forum (Es ist evtl. später daran gedacht, unter diesem Aufruf weitere Rubriken unter zu bringen). Die Beiträge sind, wie auch alle anderen Beiträge der VOS-Seite einheitlich als PDF-Dateien gestaltet und können damit sowohl angesehen, wie auch einfach gespeichert werden um sie dann in Ruhe offline zu lesen.



Das Handling der Seiteneinstellung und auch die Aufgabenverteilung für die Erstellung und Einstellung der Magazin-Seiten in die VOS-Gesamt-Seite muss sich erst noch in der Praxis einschleifen, aber ich werde mich trotz fortgeschrittenen Alters bemühen, noch ein wenig dabei zu sein und damit auch den „kleinen Kundendienst“ der Ankündigung der neu eingestellten Themen fortzusetzen.

Das Motto unserer Sachsen-Anhalt-Magazin-Ausgaben war:  
... und im Übrigen sind wir der Meinung:

*Die Verbrechen der kommunistischen Diktaturen  
sollten, ebenso wie die Verbrechen der NS-  
Diktatur, völkerrechtlich geächtet werden*

Die beiden „sozialistischen“ Diktaturen mit ihrem Klassen oder Rassenwahn waren vom Kriminalgewicht her höchst unterschiedlich und sollten nie gleichgestellt werden. Die Leiden der Opfer beider Diktaturen waren aber durchaus vergleichbar. Deshalb sollten sie auch gleich behandelt werden.

Soviel für heute zum Start unserer VOS-Magazin-Seite.

Euer Wolfgang Stiehl aus Magdeburg



# Zeitzeugengespräche mit guter Resonanz

## Anerkennung und Aufnahmeanträge nach Veranstaltung mit Gästen von der Uni Passau

Dass Aufklärung von Angesicht zu Angesicht immer noch eine effektive Methode ist, um wahre Geschichte zu vermitteln, zeigt sich nicht nur bei Vorträgen an Schulen und in anderen Einrichtungen. Es erwies sich auch im Januar zutreffend, als Mario Röllig, Hugo Diederich und Grit Poppe vor Lehrkräften und Studenten der Fakultät für Politische Theorie und Ideengeschichte der Universität Passau als Zeitzeugen auftraten. Hier konnte Geschichtswissen so authentisch vermittelt werden, dass von mehreren Anwesenden Aufnahmeanträge für die VOS gestellt wurden. Die Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Barbara Haslbeck und Dr. Hendrik Hansen zeigten sich sehr beeindruckt. Sie erklärten in einem nachträglich an den Bundesvorstand der VOS verfassten Schreiben: „Gestern Abend hatten wir die Nachbesprechung unserer Exkursion mit den Studenten. Dabei wurde noch einmal deutlich, wie beeindruckt sie von den Gesprächen mit Ihnen ... waren. Das Gespräch mit Zeitzeugen vermittelt allen, die die DDR nicht (oder wie wir nur von außen) erlebt haben, einen nachhaltigen Eindruck von dem totalitären Charakter dieses Staates. Wir möchten Sie deshalb von unseren Studenten herzlich grüßen und Ihnen im Namen der Gruppe noch einmal für die Veranstaltung am vergangenen Mittwoch danken! Wir alle waren von dem Gespräch, von Ihrer Arbeit und von Ihrer Gastfreundschaft sehr beeindruckt.“

**Lesen Sie nachstehend die Eindrücke, die unser Kamerad Ronald Lässig, der ebenfalls an der Veranstaltung teilnahm, sammelte:**

Ende Januar kam eine Gruppe von etwa 20 Studenten der Universität Passau zu Besuch in unsere Bundesgeschäftsstelle. Die Jugendlichen waren auf den Spuren der jüngsten deutschen Zeitgeschichte unterwegs. In einem Rundtischgespräch erzählte der Berliner Landesvorsitzende Mario Röllig über seine Verfolgungsgeschichte in der DDR, der Liebe wegen. Die Studenten waren beeindruckt, hatte ihnen doch erst einen Tag zuvor ein Stasi-Mann bei einem Zeitzeugengespräch erklärt, dass es doch gar nicht schlimm gewesen sei damals in der DDR.

Spätestens nach dem Bericht von Kerstin Kuzia, ebenfalls Mitglied des Berliner Landesverbandes, wussten die jungen Leute, dass das nicht stimmen konnte. Mittels einer Filmvorführung erzählte Kerstin Kuzia über ihre Haftzeit im geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau und die dortigen Bedingungen. Sogar Kinder wurden bereits in dunkle, feuchte Kellerräumen gesperrt.

Nach einer anschließenden Fragestunde riefen Hugo Diederich und Ronald Lässig die jungen Leute auf, sich politisch zu engagieren und von ihrem freien Wahlrecht Gebrauch zu machen. Im Gegensatz



Seitens des VOS-Bundesvorstandes und des Redakteurs werden die neuen Mitglieder hiermit (nochmals) herzlich begrüßt. Einmal mehr erweist sich unser schon länger zurückliegender Beschluss als richtig, die Mitgliedschaft auch Personen, die nicht inhaftiert waren, anzubieten.

Zugleich wird erneut klar, wie unverfroren ehemalige Systemträger der SED das von ihnen zu verantwortende Unrecht, gegenüber unbedarften Bürgerinnen und Bürgern verharmlost und verteidigt wird. Festsustellen bleibt: Die Aufnahme von aufgeschlossenen Mitgliedern kann die Entwicklung unseres Verbandes nur beleben. Natürlich sind auch Beiträge für die Freiheitsglocke jederzeit willkommen.

zur Diktatur sei dies heutzutage möglich. Für den Erhalt von Freiheit und Demokratie sollte sich jeder einsetzen. Der ebenfalls anwesende Geschichtsdozent Dr. Hansen und seine Frau waren so beeindruckt von der Veranstaltung, dass sie sofort Mitglieder der VOS wurden. Die Veranstaltung wurde durch Vor- und Beiträge der Buchautorin Grit Poppe und der Liedermacherin Kathrin Begoin bereichert. Auf dem weiteren Programm der jungen Leute standen im Anschluss auch Besuche in der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen sowie der Birthler-Behörde.

*Ronald Lässig, Stellv. Bundesvorsitzender*

## Sechzig Jahre VOS, davon zwanzig Jahre gesamtdeutsch

*Wolfgang Stiehl erinnert sich, wie sich unser Verband vor zwanzig Jahren auf die neuen Bundesländer ausdehnte und welche Änderungen es seitdem gab*

---

60 Jahre VOS am 9.2.2010 sind auch 20 Jahre VOS in Gesamtdeutschland. Die Gründer der VOS, Entlassene aus dem nachgenutzten Nazi-KZ Sachsenhausen haben sich sicher nicht vorstellen können, dass es noch 40 Jahre dauern kann bis in ganz Deutschland wieder Freiheit und Demokratie herrschen. Doch je länger die VOS existierte, umso unwahrscheinlicher schien es, dass die Gründergeneration noch die Einheit Deutschlands erleben kann. Die VOS brachte sich ein in die Gestaltung der Häftlingshilfegesetze die ab 1955 wirksam wurden und immer wieder einmal novelliert werden konnten. Vorstöße zur Rehabilitierung der Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme (in der SBZ/DDR) oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind – wie sie im §17 Einigungsvertrag formuliert sind – wurden auch schon in den frühen fünfziger Jahren eingebracht, vom Parlament aber auf den Zeitpunkt nach einer Wiedervereinigung vertagt. Doch je mehr sich die DDR um die Zementierung der Trennung bemühte – insbesondere nach dem Mauerbau 1961, umso weniger glaubten die Menschen und darunter auch die Vertreter der politischen Parteien an eine baldige Beendigung der Trennung Deutschlands. Anfänglich erarbeitete Szenarios für einen Zeitpunkt der Wiedervereinigung wurden kaum noch weiter bearbeitet. Die schneeballartige Entwicklung der Ausreise- und Protestwelle des Sommer/Herbstes 1989 überraschte dann auch nicht nur die politischen Entscheidungsträger sondern auch die Führung unseres Opferverbandes. Man war auch in der VOS-Bundesgeschäftsführung unvorbereitet auf das plötzliche Vakuum an Vereinsarbeit in der Noch-DDR.

---

### **Intensive Aktivitäten und Bemühungen der Opfervertretungen in Sachsen-Anhalt**

---

Aus der oben geschilderten Situation heraus ergab es sich, dass neben den erst langsam Kontakte aufbauenden VOS-Gliederungen bereits parallel weitere Gründungen, wie die des BSV Leipzig, Fuß fassten und die von der politischen Verfolgung Betroffenen zum Eintritt in ihren jeweiligen Verein umwarben. Heinz Hildebrandt, später Landtagsalterspräsident in Sachsen-Anhalt, nahm sich sehr früh in seiner Heimatstadt Wernigerode der politisch Verfolgten an und knüpfte dann auch Kontakte zur VOS in Bonn. Das langjährige Bestehen der VOS und ihre Erfahrung in der Vertretung der Opfer in der Politik gaben für ihn den Ausschlag, allen von ihm betreuten Opfern Aufnahmeanträge für die VOS zu übergeben. In den ersten Versammlungen der Bezirksgruppen Magdeburg und Wernigerode wurden u. a. von den Kameraden aus den „alten Bundesländern“ Bernd Pieper und Karl-Heinz Junke unterstützende Anleitungen gegeben. Während im Bereich Magdeburg etwa gleich viele Mitglieder in VOS und BSV waren, dominierte in Wernigerode und Halberstadt die VOS. In Lutherstadt Wittenberg, Eisleben und Halle dominierte dagegen der BSV.

In Magdeburg bekamen die Leitungen des BSV und der VOS in der Gedenkstätte am Moritzplatz im Jahre

1992 zwei nebeneinander liegende Büroräume der ehemaligen Stasi-U-Haft-Anstalt zur Nutzung als Geschäftsstelle mietfrei bereitgestellt. Vorher wurde das nicht mehr zweckbenötigte Kinderzimmer unseres Kameraden Schmerder als Beratungsraum für die zahlreich nachfragenden Mitglieder der VOS aus dem Raum Magdeburg ge(miss)braucht.

Die Räume im Moritzplatz wurden mit zusammengestoppelten Möbeln aus Betriebs- und Haushaltsauflösungen notdürftig ausgestattet. Etwa 1994 konnten wir durch Unterstützung des damaligen Justiz- und Innenministers Sachsen-Anhalt, Walter Remmers, auch einige Ausrüstungen an Computertechnik aus Lottomitteln erwerben.

Zwischen BSV und VOS-Mandatsträgern gab es von Anfang an eine recht friedliche Zusammenarbeit. 1994/95 wurden im Dezember gemeinsam Gedenkveranstaltungen in Räumen einer Kirchengemeinde durchgeführt. An den seit Jahrzehnten in der VOS durchgeführten Schulungen für Berater und Betreuer in Bad Oeyenhausen, Tegernsee und Meckenheim nahmen wir als VOS-Mandatsträger teil und gaben unser erworbenes Wissen auch gern an die BSV-Mandatsträger im Nebenbüro weiter.

Mit der Einsetzung von Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in den neuen Bundesländern bekamen wir die Möglichkeit, Fördermittel für die Durchführung von Projekten abzufordern. Auf diese Weise konnten wir eine Reihe von Broschüren herausgeben: „Vom Roten Ochsen geprägt“, „Wie ein Tier im Käfig“, „Wernigerodes Wandel unter den Kommunisten“, „Diktaturwechsel im Kreis Querfurt“, „17. Juni in Eisleben“, „Die Tarantel“. Ebenso konnten wir regelmäßig wiederkehrende Busfahrten jeweils zu Gedenkort und kulturell interessanten Orten, Gedenkveranstaltungen um die Zeit des Volkstrauertages mit dem Titel „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“ organisieren. Regelmäßige Teilnahmen an den Veranstaltungen zum 17. Juni und 13. August (Grenzdenkmal Hötensleben) waren ebenfalls möglich.

Daneben wurden Gedenkplatten im Moritzplatz Magdeburg „Den Opfern der Kommunistischen Gewaltherrschaft“, in Querfurt und in Lutherstadt Eisleben in Erinnerung an die Opfer des Stalinismus und die Opfer des 17. Juni angebracht und in Wernigerode ein Gedenkstein in den Grünanlagen vor dem Hauptbahnhof errichtet.

---

### **Gemeinsames Zusammengehen der Opferverbände erwies sich als sinnvoll**

---

Anfangs wurden die Fördermittel noch getrennt für Maßnahmen von VOS und BSV beantragt und die Organisation jeweils entsprechend der Dominanz von VOS und BSV in den jeweiligen Gebieten abgefordert und entsprechend die Maßnahmen organisiert. Seit mehr als 10 Jahren erfolgt jedoch die Organisation gemeinsam von beiden Verbänden. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, haben wir in den Hauptversammlungen 2002 durch die Wahl des gleichen Landesvorsitzenden für

die VOS- und die BSV-Landesgruppe, Johannes Rink, auch nach außen dokumentiert, dass wir de Facto wie ein Verband zusammenarbeiten. Unser Briefkopf trug nebeneinander die Bezeichnung beider Verbände mit dem Untertitel „IM INTERESSE DER OPFER GEMEINSAM“



Die Nutzung der Räume in der Gedenkstätte am Moritzplatz brachte neben der guten Zusammenarbeit von VOS und BSV auch eine enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstättenleitung und dem im gleichen Gebäude untergebrachten Bürgerkomitee e.V. Sachsen-Anhalt. Insbesondere Gedenkstätten- oder Bürgerkomitee-Ausstellungen besuchende Schulklassen, Studenten- oder auch Seniorengruppen mit Bedarf an Zeitzeugengesprächen führten zu oftmaligem Bedarf an Zeitzeugengesprächen. Nach entsprechender Eingewöhnung einer Reihe von Mitgliedern in diese Aufgabe können wir seit einem reichlichen Jahrzehnt diesem Bedarf Folge leisten und über unsere Vergangenheit und Erlebnisse in der kommunistischen Diktatur berichten. Kleine Honorarbeiträge, die dafür vereinbart sind, dienen der Abdeckung der anfallenden Mietnebenkosten, die wir für die ansonsten mietfreien Räume zu entrichten haben.

---

### **Weniger Fördermittel machten umso mehr Eigeninitiativen in der VOS notwendig**

---

Als 1997 die „Institutionelle Förderung“ (Bezahlung des Personals der VOS-Bundes-Geschäftsstelle mit fünf Mitarbeitern) der VOS durch das BMI auslief war dies ein tiefer Einschnitt, der ein umfangreiches Umdenken für die folgenden Bundesvorstände ab April 1998 erforderlich machte (1998: Klaus Schmidt, Bernd Stichler, Wolfgang Stiehl). Die angemieteten Geschäftsräume in der Bonner Borsigallee 6 waren ohne Fördermittel nicht mehr bezahlbar. Da auch die Bundesregierung nach Berlin umzog, bot Kamerad Bernd Stichler seinerzeit ein Unterkommen der Bundes-Geschäftsstelle in den Räumen der Landesgruppe Berlin im Deutschlandhaus in der Stresemannstraße am Anhalter Bahnhof an. Die Beräumung der Bonner Geschäftsstelle wurde in Einheit mit der Übergabe von Archivbeständen aus über vierzigjähriger Tätigkeit der VOS an das Hannah-Arendt-Institut in Dresden durchgeführt.

Allein die Aufnahme der Aufschriften auf den Aktenordnerrücken durch die Kameraden Marckstadt und Stiehl mittels Diktiergerät nahm eineinhalb Tage in

Anspruch. Die Texte wurden in eine Datei geschrieben und auch der VOS per Diskette übergeben. Danach waren die Akten entsprechend den Bestimmungsorten Berlin und Dresden zum Transport zusammenzustellen und zu verladen, bevor noch LKW voller ausgesonderter Müll auf die Bonner Deponien zu befördern waren. Da nicht alle Büromöbel in Berlin Platz fanden, konnte noch einiges in Magdeburg zum Ersatz der dortigen zusammengestoppelten Büroausstattung verwendet werden. In der Bonner VOS-Bundesgeschäftsstelle waren bis zum Schluss sämtliche Verwaltungsaufgaben ohne Computertechnik in herkömmlicher Art, mit Nutzung tausender, nach Landes- und Bezirksgruppen sowie ausgeschiedenen Mitgliedern sortierten Karteikarten realisiert worden. Die Freiheitsglocke wurde mit einem Portoaufwand von 3 DM je Exemplar in A5-Umschlägen zum Versand gebracht. Der einzige vorhandene, aber nicht zur Tagesarbeit genutzte, Computer stammte vom Hannah-Arendt-Institut aus der vorherigen Nutzung für die Erfassung der Karteidaten zur statistischen Auswertung. Der ausscheidende Schatzmeister aus dem vorherigen Vorstand machte darüber hinaus den Zugriff auf eine von ihm selbst eingegebene FG-Empfänger-Adressdatei durch Austausch der Festplatte zunichte.

---

### **VOS hat auch sechzig Jahre nach ihrer Gründung noch wichtige Aufgaben**

---

Aus der oben geschildIn den folgenden 2 Wahlperioden bis 2002 wurde die Verwaltung auf Computernutzung umgestellt und jeweils eine Geschäftsführerin eingesetzt. Die der VOS verfügbaren Finanzmittel gestatten dies dann ab 2002 nicht mehr, sodass danach weitestgehend von Vorstandsmitgliedern, insbesondere vom „Schatzmeister“, die Aufgaben gelöst werden, sowie auch angemieteter zusätzlicher Büroraum aufgegeben werden mussten. In den Generalversammlungen 2004 und 2006 wurden Beschlüsse zur Zusammenführung der beiden Vereine BSV und VOS gefasst, die jedoch, insbesondere durch die jeweiligen BSV-Vorstände erfolgreich ignoriert wurden. Eine durch die VOS Vorstandsmitglieder, gemeinsam mit unserem Kameraden Günther Rudolph (Rechtsanwalt) durch ein vorbereitetes Vertragswerk zur Verschmelzung beider Vereine, erhielt ebenfalls 2008, durch Ausscheren der BSV-Landsgruppe Berlin, nicht die erforderliche Mehrheit von 75 Prozent. Dementsprechend stellten sich in den BSV-Landesgruppen Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt keine Kandidaten mehr zur Wahl, sodass den BSV-Mitgliedern in diesen Ländern die Möglichkeit gegeben wurde, VOS-Mitglied zu werden. Die Mehrheit der ehemaligen BSV-Mitglieder hat davon Gebrauch gemacht. In diesem Jahr wird die Generalversammlung der so vergrößerten VOS – anlässlich der Erinnerung an den 60 Jahre zurückliegenden Gründungstag am 9. Februar 1950 – in Berlin vom 9. bis 11. April durchgeführt. Auch nach sechzigjährigem Bestehen und 20 Jahren Deutscher Einheit ist die Tätigkeit der VOS immer noch erforderlich, um in zähem Ringen doch noch einige Verbesserungen der Lage der von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR Betroffenen zu schaffen. **Wolfgang Stiehl** (Das Foto zeigt **Johannes Rink** bei einer Gedenkveranstaltung in Magdeburg)

# Verzeihung und Versöhnung dürfen nicht zu Lasten der Opfer gehen

*Bericht über eine gut besetzte Tagung über die Behandlung von Diktatur-Opfern und Tätern*

Die Erlebnisse der Opfer der SBZ/DDR-Diktatur sowie Formen und Zielrichtung der Aufarbeitung dieser Vergangenheit standen im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 13.-15. November 2009. Das Thema lautete: „Die Opfer der SED-Diktatur in der demokratischen Gesellschaft heute“. Der persönliche Referent Stefan Köppl, MA des Direktors Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter, fasste die wesentlichen Aussagen zusammen. Als Vertreter der Bezirksgruppe Bayern der VOS nahmen Günther Kühme und Jörg Petzold teil.

## Freiheit und Humanität

Horst Schüler nahm die Hindernisse für die Aufarbeitung aus Sicht der Opferverbände in den Blick: Ein großes Problem sei das Ausspielen der Opfer beider deutscher Diktaturen gegeneinander, so dass die Opfer des Nationalsozialismus instrumentalisiert würden, um die des Sozialismus vergessen zu machen. Die Irrtümer einiger westlicher Beobachter bei der Einschätzung der DDR zur Zeit ihres Bestehens sowie das allgemein mangelnde Wissen über den real existierenden Sozialismus, nicht nur bei Jugendlichen, hätten zur Folge, dass der Diktaturcharakter der DDR nicht nur in Frage gestellt, sondern sogar verneint werde. Auch kämen machttaktische Gesichtspunkte hinzu, wenn die SPD auf Koalitionen mit den Nachfolgern der SED setze; dies mache eine Aufarbeitung der Vergangenheit nicht opportun. Doch ginge es laut Schüler nicht allein um die Opfer der SED-Diktatur, sondern um die Verteidigung der Demokratie durch eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie insgesamt. Hier aber seien die Sehnsüchte nach dem Guten im Kommunismus nach wie vor stark, weshalb die Opfer als unschöne Entgleisungen gerne ausgeblendet oder allein dem Stalinismus zugeschoben würden.

## Die Auseinandersetzung führen

Dieser Problemdiagnose schloss sich weitgehend auch der ehemalige Bürgerrechtler und langjährige Bundestagsabgeordnete Stefan Hilsberg an. Anstatt der Opfer stünden meist die Täter im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, wobei deren Taten, etwa als IM für die Stasi, größtenteils bagatellisiert würden, insbesondere bei Politikern der Linken, die gar Verständnis dafür einforderten. Wer dies nicht aufbringe, gerate dann oft selbst in die Kritik: „Was hier passiert, ist Schuldumkehr.“ Verzeihung und Versöhnung seien zwar zu erstreben, doch dürfe das nicht zu Lasten der Opfer gehen und gleichsam einseitig von ehemaligen Tätern verordnet werden. Vor diesem Hintergrund sei auch die Regierungsbeteiligung der Linken in Brandenburg unter dem „Etikett der Verzeihung“ zu kritisieren. Statt solcher Verbrämung von machttaktischen Manövern seien eher mehr Klarheit, Offenheit und Aufklärung im Umgang mit dem totalitären Denken im SED-Staat von Nöten, denn dieses habe den Menschen die Möglichkeit zur Selbstbestimmung abgesprochen. Wenn man also den Wert der Freiheit als Grundlage der Demokratie verdeutlichen wolle, so komme man um die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht herum.

Wie wertvoll die Schilderungen von Zeitzeugen für die Aufarbeitung totalitärer Verbrechen ist, illustrierten die Vorträge von Michael Schlosser, Horst Hennig und

Werner Gumpel. Schlosser, der mit einem selbstgebaute Flugzeug aus der DDR fliehen wollte, berichtete von den Verhören, nachdem sein Plan entdeckt worden war, von der Haft in Bautzen und von der Verfolgung durch das Regime bis lange nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik. Hennig, der 1950 wegen angeblicher konterrevolutionärer Aktivitäten festgenommen wurde, schilderte ausführlich die Verhörmethoden, die mit einem breiten Instrumentarium psychischer und physischer Folter arbeiteten. Die psychologischen Folgeschäden, an denen die Opfer noch nach Jahrzehnten leiden, seien nach wie vor viel zu wenig bekannt und anerkannt. So müssten die Opfer heute immer noch hart um Anerkennung kämpfen, da etwa bei Behörden ohne entsprechende Hintergrundkenntnisse über ihre Fälle entschieden werde. Gumpel berichtete von seinen Erlebnissen im sibirischen Gefangenenlager Workuta, die durch den Doppelcharakter des Lagers geprägt waren. Neben dem Terror gegen politisch Unbequeme hatte der Gulag auch eine wirtschaftliche Funktion: „Man brauchte Sklaven“. So hätten die Haft- und Arbeitsbedingungen in ihrer Unmenschlichkeit die Häftlinge zu Sklaven degradiert.

## Aufarbeitung noch defizitär

Mike Schmeitzner vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut ergänzte die Zeitzeugenberichte mit Ergebnissen aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit der deutsch-russischen Historikerkommission. Durch die Urteile der Sowjetischen Militärtribunale in der SBZ und in der frühen DDR: Sowohl in der Gesamtschau als auch in der Betrachtung von einzelnen Schicksalen werde hier deutlich, dass die Gerichte als Mittel des politischen Kampfes missbraucht wurden, so dass sich unter den Verurteilten vor allem politisch Verfolgte fanden. Die Tribunale seien eng mit den Geheimdiensten verknüpft gewesen, die das meist extrem hohe Strafmaß größtenteils vorher festlegten. Auch Schmeitzner stellte für den von ihm untersuchten Bereich fest, dass die Aufarbeitung noch defizitär sei und stattdessen Verdrängung, vor allem aus politischen Opportunitätsgründen, vorherrsche.

Hans-Jürgen Grasemann, Vorsitzender des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen, wandte sich der Frage nach einer zukunftsgerichteten Erinnerungsarbeit zu. Wichtigste Herausforderung sei hierbei, gerade Jüngere für die Thematik zu sensibilisieren, wobei Zeitzeugen und authentische Gedenkstätten wie etwa Hohenschönhausen größere Wirkung entfalten könnten als abstrakte Opferzahlen. Die Demokratie müsse ein Gedächtnis haben, aber ohne kontraproduktive Penetranz. Man solle erstens wissen, was geschehen ist, dieses zweitens auch klar werten, also auch Unrecht ungeschminkt als solches benennen, drittens Mitgefühl mit den Opfern haben und viertens als Konsequenz auch positiv die Demokratie wollen. Zentral sei es, den Opfern gerecht zu werden und sensibel zu bleiben gegen jede Anfeindung der Demokratie, egal von welcher Seite. → S. 15

## In den Schulen über die Vergangenheit sprechen

Die kombinierte Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen war Gegenstand einer Podiumsdiskussion zwischen den Referenten Schüler, Schmeitzner und Grasmann sowie dem Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Dachau, **Max Mannheimer**. Deutlich wurden hier die Fallstricke des Vergleichs, wobei vergleichen nicht gleichsetzen bedeuten könne. Besonders augenfällig sei die Problematik an Orten mit „doppelter“, also nationalsozialistischer und kommunistischer, Vergangenheit. Konsens herrschte darüber, dass es weder Aufrechnungen noch Opfer „zweiter Klasse“ geben dürfe. Auch sei die zentrale Front diejenige zwischen der Demokratie und ihren Feinden. Mannheimer betonte hierbei zwar die wesentlichen Unterschiede zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und die daher rührenden Probleme einer kombinierten Aufarbeitung, richtete aber gleichwohl seinen Appell an die Opfer aller Diktaturen, von ih-

ren Erlebnissen vor allem in Schulen zu erzählen. Dies sei die beste Methode, Wiederholungen zu verhindern.

Über die subtilen Methoden, mit denen das SED-Regime einen kritischen Schriftsteller unter Druck setzte und schließlich zur Ausreise zwang, berichtete aus eigener Erfahrung **Reiner Kunze**. Dass aber manche Kreise in der Bundesrepublik mit der Ausgrenzung Kunzes nahtlos an dessen Erlebnisse in der DDR anknüpften, warf ein besonderes Licht auf die Probleme der Aufarbeitung, die schon zu Beginn der Tagung im Fokus gestanden hatten. Am Ende traf sich der Schlusspunkt von Kunzes Vortrag exakt wortgleich mit dem, was Mannheimer nur kurz zuvor als Lehre aus seinen Erfahrungen formuliert hatte: Freiheit und Humanität!

*Bericht der VOS-BZG München, Kam. Kühme*

---

---

## Erinnerung an die Waldheimer Prozesse vor 60 Jahren

*Der Zeitzeuge Benno Prieß gibt den Anstoß zum Rückblick auf eines der blutigsten Kapitel der gerade gegründeten DDR und der üblen Rolle Walter Ulbrichts*

### **Benno Prieß' Erinnerungen an die Willkürurteile beginnen mit folgendem Absatz:**

Die DDR – gegründet am 7. Oktober 1949 – war nicht einmal ein Jahr alt, als die Kommunisten ihr erstes großes und einmaliges Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen (in ihrer DDR, W.St.)

Wir wollen versuchen, das Ereignis aus mehreren Perspektiven in die Erinnerung zu bringen.

Aus der freien Online- Enzyklopädie „Wikipedia“ entnahmen wir die nachfolgend zitierten 3 Absätze:

»Bei der Verfahrensführung wurde schwerwiegend gegen grundlegende rechtsstaatliche Regeln verstoßen. Die Masse der Prozesse erfolgte im Schnelldurchgang - die einzelnen Verfahren dauerten häufig nur wenige Minuten - ohne kritische Würdigung des von den sowjetischen Untersuchungsorganen vorgelegten Belastungsmaterials und bis auf wenige Ausnahmen ohne Zulassung von Rechtsbeiständen. Lediglich in zehn Fällen ließ sich das Gericht die Zeit, eindeutig belastete Angeklagte öffentlich in Schauprozessen abzuurteilen.

Der Prozessverlauf folgte den Planungen der SED-Führung und wurde während des gesamten Zeitraums von ihr überwacht. Die Richter und Staatsanwälte waren entsprechend ihrer Regimetreue aus dem Kreis der seit 1946 in Kurzlehrgängen ausgebildeten Volksrichter ausgewählt

worden, um sicherzustellen, dass die Urteile auch den Erwartungen der SED-Führung und der russischen Besatzer entsprachen. Auch die spätere Justizministerin Hilde Benjamin war beratend tätig. Vereinzelter Widerstand auf Seiten der eingesetzten Richter wurde massiv unterdrückt. Die zu fällenden Urteile sollten nicht unter fünf Jahren Zuchthaus ausfallen. Bei den Verteidigern handelte es sich, sofern welche zugelassen waren, um von der Staatsführung abkommandierte Staatsanwälte.

Nach dem Abschluss der 1.317 Revisionsverfahren im Juli 1950 waren 33 Todesurteile gefällt. Sieben der zum Tode Verurteilten wurden begnadigt und zwei weitere starben vor der Vollstreckung, so dass 24 Todesurteile vollstreckt wurden.«

Aus dem Vortrag von Dr. Karl Wilhelm Fricke vom 25.4.2009 in Erfurt, mit dem Titel: „Grund- und Freiheitsrechte als Motive und Ziel von Widerstand und Opposition in der DDR“, zitieren wir eine Passage darüber, dass auch in der DDR – ganz offiziell – Kritik an den Waldheimer Prozessen geübt wurde – und was eine solche Kritik dem Kritiker einbrachte:

»Aus der Geschichte der DDR-CDU reklamiere ich den Fall Dr. Dr. Helmut Brandt als Beispiel dafür, was Opposition für Konsequenzen zeitigen konnte. Geboren 1911, Diplom-Volkswirt und Rechtsanwalt, während des Zweiten Weltkrieges als Offizier in Kontakt mit Wider-

standskreisen, 1945 Mitbegründer der Berliner CDU, 1949 ebenfalls Mitglied der Provisorischen Volkskammer und Staatssekretär im DDR-Justizministerium.

Als Brandt von Amts wegen von den „Waldheimer Prozessen“ erfuhr, in denen im Frühjahr 1950 durch DDR-Sondergerichte bekanntlich rund 3.400 Angeklagte unter Missachtung elementarer Rechtsgrundsätze wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt wurden, sorgte er dafür, dass das eklatante Justizunrecht in einer Kabinettsitzung unter Leitung von Ministerpräsident Otto Grotewohl auf die Tagesordnung kam - zur Empörung von Walter Ulbricht.

Am 6. September 1950 wurde Helmut Brandt von der DDR-Staatssicherheit festgenommen und nach dreidreiviertel (!) Jahren Untersuchungshaft, am 4. Juni 1954, in einem Geheimprozess vor dem Obersten Gericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt – demselben Prozess übrigens, in dem der Hauptangeklagte Georg Dertinger hieß, der erste DDR-Außenminister.

Nach acht Jahren als Strafgefangener in Bautzen wurde Helmut Brandt 1958 „auf Bewährung“ entlassen, mit Aufenthaltsbeschränkung für Dresden. Als er trotzdem nach West-Berlin zu fliehen versuchte, wurde er erneut verhaftet und am 13. März 1959 vom Bezirksgericht Frankfurt/O. abermals verurteilt. **S. 16** →

**von S. 15** → Er wurde zu zehn Jahren Zuchthaus – diesmal wegen „Vorbereitung zur Spionage“ und „staatsfeindlicher Hetze und Propaganda“ - verurteilt. Genau genommen hatte er durchaus in Übereinstimmung mit der DDR-Verfassung justiziable Grundrechte eingefordert und von seinem Recht

auf Freizügigkeit Gebrauch machen wollen. Erst im Sommer 1964 konnte er nach insgesamt vierzehn Jahren DDR-Haft von der Bundesregierung freigekauft werden. Er starb 1998 in Bonn, nachdem er noch lange Jahre im Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gearbeitet hatte... «...

Zu diesem Thema passt auch unser Beitrag „Entwürdigung der vor 60 Jahren nach Waldheim verbrachten Internierten und Verurteilten aus den von den Sowjetischen Besatzern nachgenutzten NS-Konzentrationslagern“

*Wolfgang Stiehl*

---

## Über DDR-Psychiatrie-Opfer ist noch zu wenig bekannt

*Der Fall des Lothar Tiedtke von Koß*

Mit seiner Internetseite, die Fotos und die Daten eines immer wieder unterbrochenen Lebenslaufes enthält, macht Lothar Tiedtke von Koß auf die in der DDR erlittenen Drangsalierungen auf sich aufmerksam. Zum einen als Judosportler erfolgreich und in der Schule und Ausbildung ebenfalls ohne Probleme, erfährt der 1958 in Sassnitz (Rügen) geborene von Koß im Jahr 1981 erstmals eine Zwangseinweisung in die Forensik P4 von Stralsund. In den nachfolgenden Jahren wiederholen sich die Repressalien, es gibt weitere illegale Aufenthalte in der Psychiatrie. Was bisher nur flüchtig bekannt wurde, offenbart sich hier konkret: Die DDR nutzte also auch psychiatrische Zwangsdiagnosen, um politisch Andersdenkende unschädlich zu machen.

Heute stellt Lothar Tiedtke von Koß die Frage, wie jene DDR-Verfolgten ohne Gerichtsurteil, rehabilitiert werden können und wie und wo man auch die verantwortlichen Täter beim Namen nennen kann.

Lothar Tiedtke von Koß beklagt: Diese Betroffenen finden keine Lobby in dem Rechtsstaat Bundesrepublik. Sie waren Opfer von Zersetzungmaßnahmen ohne Beweise und z. T. vernichteter Stasi Akte. Alle öffentlichen Ämter und dafür zuständigen Stellen machen den Aufwand und die Hürden für eine Rehabilitierung so groß, dass die Opfer daran scheitern. Es gab in der DDR nicht nur Fälle mit Gerichtsurteil, sondern auch Fälle die aus politischen Gründen durch Zersetzung gelöst wurden. Diesen Betroffenen wurden die Lebensläufe ebenso zerstört wie jenen, die man inhaftiert und später in den Westen abgeschoben hat. Es ist an der Zeit, auch solche Opfer gleichberechtigt

zu behandeln. Der Rechtsstaat BRD muss Bedingungen schaffen, sie unbürokratisch zu rehabilitieren. Es kann Geschädigten nicht zu ihrem erheblichen Nachteil gereichen, wenn die Akten über Verfolgung, Zersetzung und Zerstörung von unschuldigen Menschen vor der Erstürmung der Stasi-Zentralen gerade noch vernichtet wurden.

Lothar Tiedtke von Koß kämpft seit 1994 nachweislich um seine Rehabilitierung, ohne Erfolg. Auf dem ‚Rechtstaatlichen Weg‘ hat er alles getan.

Die Details seiner Leidensgeschichte, aber auch Informationen über sein heutiges Leben sind im Internet zu finden. Die Adressen: <http://lothar-tiedtke.de/>, <http://ddr-psychiatrie-mfs.blogspot.com> ‚und <http://lothar-tiedtke-live.de>.

Zudem sind hier Auszüge des Buchtextes „Ich flog über das DDR-Kuckucksnest“ nachzulesen, in dem Lothar Tiedtke von Koß vorab sehr ausführliche Beschreibungen über seine Leidensgeschichte veröffentlicht. Die ursprünglich vorgesehene Aufnahme des Textes in eine Sammlung mit anderen Haftschicksalen kam leider nicht zustande. Immerhin enthielt die Niederschrift zahlreiche Details und Namen von Verantwortlichen.

Einmal mehr wird anhand dieses Schicksals die Aufgabe deutlich, bei den politisch zuständigen Abgeordneten ein offenes Ohr zu finden. Es geht nicht darum, wie manche VOS-Mitglieder glauben, die Opferrente umzuschichten, so dass für einige noch mehr herauspringt, es geht auch darum, denen zu helfen, die bisher nicht rehabilitiert wurden und die sich mit den Albträumen des DDR-Unrechts nicht minder herumschlagen als ehemals Inhaftierte. *B. Thonn*

## Opferrente auf dem Prüfstand

*Verbesserungen in Sicht*

Das Bundesland Thüringen setzt sich für eine Verbesserung der Gewährung der Besonderen Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR ein. Eine der Maßnahmen wäre, dass das Kindergeld künftig nicht mehr als Einkommen angerechnet wird und bei der Wirksamkeit der Bedürftigkeitsregel ein höheres Einkommen möglich ist. Kindergeld wird dann nicht mehr dem Einkommensinhaber, sondern dem Kind selbst angerechnet

Unabhängig davon will sich die Landesregierung Thüringens grundsätzlich für eine Abschaffung der Bedürftigkeitsklausel einsetzen. Bisher sind nur ehemalige Häftlinge vom Nachweis des Einkommens entbunden, die sich bereits in der Rentenzahlung befinden. Für Erwerbstätige gelten nach wie vor die bei Gesetzesverabschiedung festgelegten Einkommensgrenzen.

Änderungen könnte es auch bei den Antragsfristen geben, die bislang auf das Jahr 2011 festgelegt sind. Nach dem jetzigen Stand verlieren Anspruchsberechtigte ihre Ansprüche, wenn sie bis 2011 keine Anträge gestellt haben. Egal, dass eine solche Regelung niemals im Sinne der Betroffenen sein kann, ist es unverständlich, wenn man sich trotz klarer Aktenlage nicht um die Ehrenpension und die Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden bemüht.

Inwieweit auch eine generelle Erhöhung des Betrages der Opferrente ins Visier gefasst werden könnte, bleibt unklar. Denkbar wäre immerhin ein von VOS-Mitgliedern angeregter Inflationsausgleich. Egal, dass die Politik bisher abwinkt, gilt doch trotzdem der alte Grundsatz: Sag niemals nie! *T. H.*



## Entwürdigung der vor 60 Jahren nach Waldheim verbrachten Internierten und Verurteilten aus den von den Sowjetischen Besatzern nachgenutzten NS-Konzentrationslagern

Eine „**etwas ungenau**“ Formulierung der von Hauptabteilung HS herausgegebenen Anweisung, die die Anstaltsleiter der DDR Haftanstalten verpflichtet, allen Insassen die Kopfhare abzuscheren führte dazu, dass allen Frauen in DDR-Zuchthaus Waldheim vor 60 Jahren die Haare geschoren wurden. Wegen des Versehens wurden die Frauen mit Kopftüchern „ausgestattet“ heißt es weiter im rechts abgebildeten Originalschreiben des Hauptabteilungsleiters HS, Gertich, der Deutschen Volkspolizei

**Nachfolgend der Text des Schreibens (ohne Briefkopf, Anschrift und Grußformel wiedergegeben)**

(**Dumme Frage:** Waren wirklich, wie im Brieftext formuliert, die Anstaltsleiter zum Haarescheren abkommandiert?)

### „Betr.: Scheren der Kopfhare der weiblichen Strafgefangenen in der Anstalt Waldheim

Bezug: Fernschreiben der Landesbehörde Volkspolizei Sachsen an den Chef der Deutschen Volkspolizei

Auf Grund der von der Hauptabteilung HS herausgegebenen Richtlinien zur Sicherung der Strafanstalten im Rahmen der Friedenswache vom 15. Mai waren die Anstaltsleiter verpflichtet, sämtlichen Gefangenen – soweit dies noch nicht geschehen war – das Kopfhare zu scheren.

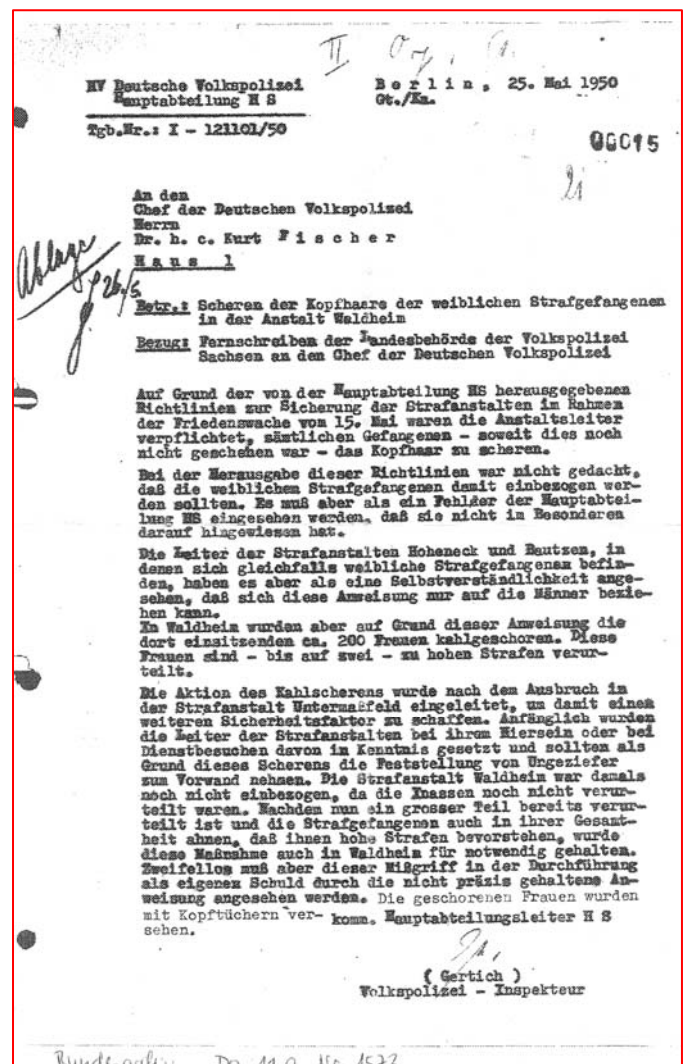
Bei der Herausgabe dieser Richtlinien war nicht gedacht, dass die weiblichen Strafgefangenen damit einbezogen werden sollten. Es muß aber als ein Fehler der Hauptabteilung HS eingesehen werden, dass sie nicht im Besonderen darauf hingewiesen hat.

Die Leiter der Strafanstalten Hoheneck und Bautzen, in denen sich gleichfalls weibliche Strafgefangene befinden, haben es aber als Selbstverständlichkeit angesehen, dass sich diese Anweisung nur auf Männer beziehen kann.

In Waldheim wurden aber auf Grund dieser Anweisung die dort einsitzenden ca. 200 Frauen kahlgeschoren. Diese Frauen sind – bis auf zwei – zu hohen Strafen verurteilt.

Die Aktion des Kahlscherens wurde nach dem Ausbruch in der Strafanstalt Untermaßfeld eingeleitet, um damit einen weiteren Sicherheitsfaktor zu schaffen. Anfänglich wurden die Leiter der Strafanstalten bei ihrem Hiersein oder bei Dienstbesuchen davon in Kenntnis gesetzt und sollten als Grund dieses Scherens die Feststellung von Ungeziefer zum Vorwand nehmen. Die Strafanstalt Waldheim war damals noch nicht einbezo-

gen, da die Insassen noch nicht verurteilt waren. Nachdem nun ein großer Teil bereits verurteilt ist und die Strafgefangenen auch in ihrer Gesamtheit ahnen, dass ihnen hohe Strafen bevorstehen, wurde diese Maßnahme auch in Waldheim für notwendig gehalten. Zweifellos muss aber dieser Missgriff in der Durchführung als eigene Schuld durch nicht präzise gehaltene Anweisung angesehen werden. Die geschorenen Frauen wurden mit Kopftüchern versehen.“



Unsere Magdeburger Kameradin Melanie Kollatzsch gehörte zu den Waldheimer Frauen, die unter diese entwürdigende „versehentliche“ Prozedur vor 60 Jahren fielen (*Sorry, was ordered not so*). „**Wir sahen aus wie die Vogelscheuchen**“ berichtet sie in Zeitzeugengesprächen. Die Kopie des Schreibens gelangte, aus einem Zufallsfund, beim Stöbern einer in der Aufarbeitung tätigen Person in Archivgut, in ihre Hände.

## Geschichtsvermittlung – Beeindruckend und authentisch

*Wolfgang Lehmann arbeitet in Hessen ein breites Zeitzeugenprogramm vor allem an Schulen ab*

Als das Jahr 2009 zu Ende ging, konnte unser Kamerad Wolfgang Lehmann aus Rimbach in Hessen auf eine äußerst zufriedenstellende Bilanz in Sachen Geschichtsaufarbeitung zurückblicken. Und dies nicht nur in Bezug auf die geleisteten Vorträge und Seminare, die er als Referent absolvierte, sondern auch was Qualität und Resonanz angeht. Sowohl an Schulen wie auch bei Gedenk- und anderen Veranstaltungen war er sieben Mal mit Vorträgen und bei der Beantwortung von Fragen im Einsatz.

Besonders nachdrücklich empfand er die Wirkung seines Vortrags im vorigen Jahr an der Martin-Luther-Schule von Rimbach, wo er vor einem Leistungskursus für Geschichte einen Vortrag mit dem Titel „Fünf Weihnachten hinter Stacheldraht, eine Jugend in sowjetischen Terrorlagern“ hielt. Die Schilderung seines Schicksals hinterließ bei den Schülerinnen und Schülern tiefe Spuren. Zum Zeichen des Dankes und der Anerkennung erhielt Kamerad Lehmann anschließend eine freundlich gestaltetete Grußkarte, auf der die Jugendlichen unterschrieben und seinen Vortrag mit den nachfolgenden Worten bewerteten:

genähert haben und dass sie sowohl in der Lage sind, das nach dem Zweiten Weltkrieg begangene Unrecht durch das kommunistische Regime zu erkennen.

Ebenfalls bemerkenswerte Akzente setzte Wolfgang Lehmann am Volkstrauertag des vorigen Jahres. Gleich zweimal war er gefragt, als er vor- und nachmittags für den Volksbund der Kriegsgräberfürsorge Traisa (Nähe Darmstadt) in der Gedenkfeier mit seinen Ausführungen über Schicksale und Geschichtereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg referierte. Insbesondere lag ihm die Inhaftierung vieler unschuldiger Menschen, vor allem Minderjähriger, am Herzen. Er selbst war insgesamt fünf Jahre inhaftiert und überlebte diese Zeit nur unter wesentlichen Entbehrungen. Sein Leidensweg begann in Groß Räschen, wo er verhaftet wurde. Er kam – wie viele andere Jugendliche – ins Speziallager Ketschendorf und über weitere Stationen in ein sibirisches Zwangsarbeitslager. Damals war er gerade 16 Jahre, also noch jünger als jene Jugendlichen, vor denen er seinen beeindruckenden Vortrag hielt.



*Lieber Herr Hoffmann, mit dieser kleinen Geste wollen wir uns für Ihren horzonterweiternden Vortrag bei uns in der Martin-Luther-Schule bedanken. Tief beeindruckt und voller Hochachtung folgten wir den Erzählungen Ihres persönlichen Schicksals.*

*Besonderen Respekt verdient Ihr Engagement für den Frieden und die Versöhnung trotz aller traumatischen Erlebnisse.*

*Sicherlich wird Ihre Geschichte bei uns unvergessen bleiben. Herzliche Grüße*

Die Dankeskarte ist von allen anwesenden Kursteilnehmern unterschrieben. Aus dem Inhalt spricht nicht nur förmliche Höflichkeit, sondern man erkennt die echte Anteilnahme und auch die Tatsache, dass sich die Jugendlichen mit Interesse und Unbefangenheit dem Thema

Zum Gedenken und zur Mahnung an dieses Lager hat er im vorigen Jahr zudem eine Dokumentation erarbeitet, die viele Einzelheiten, aber auch eine Gesamtbeschreibung des Lagers Ketschendorf enthält.

Für das Jahr 2010 stehen für Wolfgang Lehmann schon wieder neue Aufgaben an. Bereits im März hat ihn die Martin-Luther-Schule für weitere Aktivitäten eingeladen. Das Gymnasium richtet dann das MLS-Forum aus, mit dem die Schule durch verschiedene Projekte aktiv wird. Auch Wolfgang Lehmann soll – dank des Engagements einiger Lehrkräfte – daran beteiligt werden. Somit werden weitere Generationen von Jugendlichen durch praktisch gehandhabte Wissensvermittlung an die Geschichte und das (Un)wesen der SED-Diktatur herangeführt. A. R.

# Schwer krank, abgemagert und doch mit Glück der Hölle entkommen

Heinz W. Vogel erinnert sich nach den Schilderungen von Heinz Unruh (vorhergehende Fg-Ausgaben) ebenfalls an den „blonden Engel“ aus dem Lager in Bautzen

In Fg 686 und 687 berichtete Kamerad Heinz Unruh über die Zustände im Schweige-Lager von Bautzen, das nach 1945 von den Sowjets betrieben wurde und in dem viele deutsche Jugendliche und Erwachsene dahingevegetierten und zu Tode kamen. Das Auftreten des weiblichen Hauptmanns Vera Baschkowe hat Kameraden Heinz W. Vogel veranlasst, seine eigenen Erlebnisse, die er aus dem Lager von Bautzen mitbrachte und die einen starken Bezug zu dieser Ärztin haben, weiterzugeben.

Heinz W. Vogel lebt heute in Chemnitz, wo er auch die meiste Zeit seines Lebens verbrachte. Geboren wurde er jedoch 1928 in Nordrhein-Westfalen, und er verbrachte einen Teil seiner Jugend in Görlitz (Schlesien), wo er als Sechzehnjähriger noch in eine Werwolfgruppe der Hitler-Jugend gezwungen wurde, nachdem er in Warthe eine entsprechende Ausbildung über sich ergehen lassen musste. An Kampfhandlungen nahm er jedoch nicht teil, er wurde aber nach der Kapitulation der Wehrmacht von den Sowjets in Kriegsgefangenschaft genommen. Hier wurde er vier Monate festgehalten und wegen schlechter Gesundheit und seiner Jugend zeitig entlassen. Später verriet ein ehemaliger HJ-Führer mehrere Angehörige der einstigen Werwolf-Gruppe, wodurch Heinz Vogel festgenommen wurde und nach Bautzen kam. Lesen Sie nachstehend den spannenden Bericht von Heinz W. Vogel.

Der Bericht von Heinz Unruh in der Januar-Ausgabe 2010 der Fg hat mich sehr bewegt. Der Autor erwähnt darin eine sowjetische

Stabsärztin im „Lager Bautzen, eine junge blonde Frau im Range eines Hauptmanns“. Diese Frau hat mir 1946 das Leben gerettet.

Ich wurde am 13. November 1945 in Hartmannsdorf bei Chemnitz verhaftet und am nächsten Tag in die NKWD-Haftanstalt Görlitz verfrachtet. Nach Verhören und Isolierhaft kam ich am 4. Dezember 1945 nach Bautzen in das heutige „Bautzen II“. Ich wurde mit zwei gleichaltrigen Sechzehn- bis Siebzehnjährigen in eine Zelle gesperrt, die mit drei auf dem Boden liegenden Matratzen „ausgestattet“ war.

Wir drei hatten nun das Militärgerichtsverfahren vor uns, das für die Tage nach dem russischen Neujahrsfest zu erwarten gewesen war. Dort wurde ich Mitte des Monats schwer krank. Ich bekam Dystrophie. Durch die vorausgegangene Kriegsgefangenschaft schon arg geschwächt, begann meine Haut intensiv zu eitern, was rasch den ganzen Körper erfasste. Behelfsmäßig gefertigte Binden bedeckten bald den Kopf, den Körper und sämtliche Gliedmaßen. Der Eiter drang durch diese provisorischen Binden, für die wir bald keinen Ersatz mehr organisieren konnten, hindurch.

Am 1. Januar 1946 klopfen wir daher lautstark an die Zellentür. Ein Angehöriger der Sowjetarmee schaute herein und verschwand wieder. Am nächsten Tag wurde die Tür dann erneut geöffnet, der Sowjet-Soldat warf eine Tube Zinksalbe in die Zelle und fort war er. Am Nachmittag des 3. Januar 1946 ging die Zellentür abermals auf. Eine Russin in Offiziersuniform stand da, hinter ihr der „Starschi“ des Gefängnisses. Sie trat ein paar Schritte zu mir. „Was hast du, Kleiner?“, waren genau ihre Worte. Ich löste ein paar Binden

von Kopf, riss dabei die Eiterstellen wieder auf. Da drehte sie sich um und schimpfte fürchterlich auf den „Starschi“ ein. Dann gingen beide wieder.

Das war der „blonde Engel“, Frau Doktor Vera Baschkowe.

Einen Tag später, am 4. Januar 1946, wurde ich zusammen mit einem anderen Häftling unter schwerer Bewachung ins Stadt Krankenhaus Bautzen geschafft. Dort stand eine Krankenzelle bereit, wie sie sonst für Nervenranke reserviert waren. Am Tag meiner Einlieferung wog ich noch 47 kg, bei einer Körpergröße von 1,80 m. Nach über drei Monaten intensiver Behandlung und Pflege gelang es mir, in Absprache mit der Krankenhausleitung von dort zu fliehen und zu Verwandten in den Westen zu kommen. *Heinz W. Vogel*

## Übrigens:

*Auf der Internetseite der Linken des Ortsverbandes Blieskastel wird einem deutlich erklärt, dass man besser nicht in diese Partei eintreten solle. Nachdem man sich hier mehrere Fotos mit schönen jungen Frauen (u. a. der Lafontaine-Nachrückerin im Bundestag) und den unverzichtbaren (mal wieder sehr originellen) Anti-Nazi-Aktionen anschauen darf, stößt man auf die kommentarlose Aufforderung: Jetzt Mitglied werden. Wenn man dann jedoch die Maustaste zu einem Doppelklick berührt, geschieht etwas (keineswegs) Erstaunliches. Die nächste Seite meldet: Error! Error ist Englisch und heißt Fehler. – Danke dem Internetprovider für die Belehrung. Allerdings wusste unsereins schon vor vielen Jahren, dass es ein Fehler war bzw. ist, dieser Partei beizutreten. Ob als SED, PDS oder als Linke. ☺*

## Wir trauern um

Erwin Frenkel  
Thomas Matcka  
Horst Burow  
Manfred Preßler  
Fritz Bartnick  
Alfred Hartung  
Traudel Reißmann

Bezirksgruppe Brandenburg  
Bezirksgruppe Chemnitz  
Bezirksgruppe Magdeburg  
Bezirksgruppe Chemnitz  
Bezirksgruppe Harz  
Bezirksgruppe Harz  
Bezirksgruppe Reichenbach

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

# 60 Jahre VOS - ein Erfolg

## Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Opferverbandes hielt der Vorsitzende Johannes Rink eine bemerkenswerte Rede

Die VOS wurde am 9 Februar 1950 im freien Teil der Stadt Berlin gegründet. Ihre Gründer waren ehemalige Internierte, die aus den von den Sowjets nachgenutzten KZ's , jetzt Speziallager genannt, entlassen worden und in den freien Teil Deutschlands geflüchtet waren. Sie hatten das Glück, diese schreckliche Zeit überlebt zu haben.

Viele tausende andere hatten nicht das Glück zu überleben. Sie, die Toten, sind unter unmenschlichen Bedingungen nicht gestorben, denn das würde ja einen Tod in Würde voraussetzen, sie sind von einer menschenverachtenden Ideologie in deren Diktatur bewusst umgebracht worden. Umgebracht durch Verhungern, Erfrieren, durch die ganz und gar fehlende medizinische Versorgung der Kranken.

Ich spreche hier im Namen der VOS von den unschuldigen Opfern einer Ideologie, die den Rassenwahn der NS-Zeit durch den Klassenwahn einer anderen Diktatur ablöste. Die Würde dieser Toten wird heute noch mit Füßen getreten, wenn die Verbrechen der Nachkriegszeit immer noch bagatellisiert oder verschwiegen werden.

Die VOS wurde von Anfang an von der Stasi, dem Schild und Schwert der SED, unter dem operativen Vorgang „Pest“, bekämpft. Die VOS setzte sich in den 40 Jahren des Bestehens in der Bundesrepublik für die Entlassenen und später freigekauften politischen Häftlinge aus der DDR ein. Ob soziale Fragen oder die ersten Schritte in einem demokratischen Rechtsstaat, stets war die VOS ein verlässlicher und begehrter Ansprechpartner.

Dann kam endlich das Jahr 1989. Von den politisch Verfolgten der DDR und vielen anderen Menschen in Ost und West freudig begrüßt, begann das Ende des Unrechtsstaates DDR. Hier im Osten beteiligten wir uns an den Montagsdemonstrationen, bereiteten mit vielen anderen den Sturz des SED-Regimes vor, der uns dann die Einheit unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit brachte.

In den 20 Jahren danach haben wir mit unserer Vereinigung vieles erreicht. Ich erinnere nur an die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die Gründung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, die monatliche Ehrenrente.

Wir haben nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten. Zum Beispiel die Anerkennung der gesundheitlichen Haftfolgeschäden, die Ehrenrente für alle (!) ehemals politisch Verfolgten, die moralische Unterstützung für alle politisch Verfolgten (nicht als Lippenbekenntnisse), das Verbot des Zeigens der Symbole der DDR, das Verbot des Leugnens der Verbrechen der DDR. Die Bestrafung der Täter der Diktatur ist so mangelhaft erfolgt, dass wir das als Verhöhnung der Opfer dieser Diktatur ansehen. Die Rolle der SED als Auftraggeber der Stasi ist bis heute nur in Ansätzen bekannt.

Zur Zukunft der VOS in einem demokratischen Rechtsstaat sei gesagt: Es werden heute keine Menschen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, aus politischen Gründen inhaftiert. Trotzdem ist es wichtig, das Vermächtnis der politischen Häftlinge für künftige Generationen wachzuhalten.

**Anm. d. Red.:** Die Geschichte der VOS ist ausführlich in der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes dokumentiert. Einige Exemplare können noch in der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, Zoobogen, 10623 Berlin,

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag  
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**

**Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38**

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

**Redaktion und Satz:** Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de)

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),

Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

### Beiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr                          | 2,60 €  |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke |         |
| - alte Bundesländer                        | 45,00 € |
| - neue Bundesländer                        | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner            | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke       | 24,00 € |

### Internetseiten der VOS und Links unter

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

Die nächste Ausgabe (689) erscheint im März 2010

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 688: 12. Februar 2010